



Sudan: Probleme nicht militärisch lösen

Reisebericht der Abgeordneten
Jan van Aken, Christine Buchholz,
Niema Movassat, Kathrin Vogler

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Inhalt

Einleitung	3
Gemeinsames Fazit	4
Reisebericht Jan van Aken und Kathrin Vogler	8
Reisebericht Christine Buchholz und Niema Movassat	37
Glossar	75

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Mai 2011

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Einleitung

Im November 2010 sind wir in den Sudan gereist, um uns ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Der Zeitpunkt war gezielt gewählt, mitten in den Vorbereitungen für das Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudans, das am 9. Januar 2011 stattgefunden hat.

Mit diesem Referendum sollten die Weichen für die kommenden Jahre gestellt werden und der CPA-Prozess seinem Ende entgegen gehen. Das CPA (Comprehensive Peace Agreement) beendete 2005 den Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan und setzte damals unter anderem den Rahmen für einen Friedensprozess, die Wiedereingliederung der bewaffneten Kämpfer und die Aufteilung der Ressourcen zwischen Nord und Süd.

In den kommenden Monaten stehen uns die Gründung des neuen Staates Südsudan, sowie die Entscheidung über die Verlängerung des UNMIS-Mandates bevor – und auch über eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr. Unsere Erfahrungen wollen wir für diese Debatte zu Verfügung stellen.

Im Folgenden stellen wir unser gemeinsames Fazit vor. Im Anschluss daran befinden sich die ausführlichen Berichte der beiden Teile der Reise.

Gemeinsames Fazit

Das Referendum

Im Januar haben 97 Prozent der Menschen im Südsudan für eine Abtrennung des Südens gestimmt. Dies spiegelt auch die Stimmung wieder, die wir vor Ort angetroffen hatten: Die überwältigende Mehrheit der Menschen im Süden verbindet mit einem eigenen Staat Südsudan enorme Hoffnungen. Da das CPA und damit auch das Referendum von beiden Seiten ausgehandelt wurde, ist die Abtrennung des Südens kein einseitiger Schritt und ist damit auch völkerrechtlich abgesichert

Die wirtschaftliche Situation im Süden ist katastrophal. Fünf Jahre nach dem CPA sind weiter bis zu 40% der Menschen im Südsudan von den Nahrungsmittelhilfen der UN abhängig. Das gesamte Land ist von ökonomischen, sozialen und ethnischen Konflikten gebeutelt. Die Zentralregierung in Khartoum hat über viele Jahre die Bevölkerung in der Peripherie und die ländliche Entwicklung massiv vernachlässigt. Mit der Abtrennung des Südsudan werden diese Probleme nicht überwunden, sondern sie werden – in Nord und Süd – weiter bestehen.

Der Nord-Süd Konflikt

Es ist eher unwahrscheinlich, dass es zu einem neuen Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd kommt. Zwar gibt es noch eine Reihe von Konfliktfeldern, zum Beispiel den Grenzverlauf, die Ressourcenteilung und die Schuldenfrage, die jedoch alle lösbar erscheinen.

Vor allem in der Ölregion Abyei ist der künftige Grenzverlauf noch offen. Die Gefahr besteht, dass bestehende Konflikte um Weiderechte und Wasserzugang zwischen Stämmen eine Eigendynamik entfalten oder im Kampf um politischen und wirtschaftlichen Einfluss instrumentalisiert werden, um die Grenzziehung zu beeinflussen. Wenn es nicht zu einem zwischenstaatlichen Krieg kommt, könnte es lokal zu blutigen Stellvertreterauseinandersetzungen kommen.

Der Süden verfügt über einen Großteil des Öls, während die gesamte Infrastruktur (Pipelines, Raffinerien) im Norden liegt. Insofern haben beide Seiten ein Interesse an einer einvernehmlichen Lösung. Unter dem CPA werden die Einnahmen zurzeit Halbe-Halbe geteilt.

Die Frage, wer die immensen Schulden des Sudans übernimmt, lässt sich nur durch einen internationalen Schuldenerlass lösen – hier sind die internationalen Geldgeber dringend gefordert, einen Stolperstein für den Frieden zwischen Nord und Süd aus dem Weg zu räumen.

Weitere Separations-Bestrebungen und Repressionen im Norden

Obwohl separatistische Ambitionen der Rebellen in Darfur von unseren Gesprächspartnern zumeist verneint wurden, sind sie nicht ausgeschlossen. Vor allem befürchtet man, dass im Falle der Abtrennung des Südens die Rebellen in Darfur sich mit der SPLA im Süden verständigen und einen Zweifrontenkrieg gegen Khartum beginnen könnten. Auch im Osten des Sudan könnten separatistische Bestrebungen wieder aufflammen und z.B. auf Äthiopien und Kenia übergreifen.

Nach einer Abspaltung des Südens könnte die Repression gegenüber Linken und Oppositionellen im Norden stark zunehmen. Freiräume für die Zivilgesellschaft, für freie Medien und Kultur drohen zu schwinden.

Gewalt-Eskalation innerhalb des Südens

Die Gesellschaft im Süden ist stark entlang von Stammeslinien strukturiert, Patronage ist an der Tagesordnung. Mit dem Wegfall der Klammer des gemeinsamen Gegners im Norden besteht die Gefahr, dass Verteilungskonflikte, besonders angesichts der weiten Verbreitung von Waffen, innerhalb des Südens paramilitärisch ausgetragen werden.

Patriarchalische Herrschaftsstrukturen und Traditionen wie das Brautpreissystem behindern nicht nur die Einbeziehung von Frauen in den Friedensprozess und in die wirtschaftliche Entwicklung, sondern führen unmittelbar selbst zu Konflikten, Entführungen und Gewalt.

Das Gewaltpotential im Südsudan ist extrem hoch. Gewalterfahrung und Traumatisierung, das Fortbestehen der Milizen in ihrer Stammesstruktur, wenn auch unter dem Dach der SPLA, eine schleppende Entwaffnung und Reintegration der Kämpfer sowie das Fehlen von zivilen Einkommensquellen können eine explosive Mischung ausmachen. Die Versuche zur Entwaffnung der Milizen im Rahmen des CPA müssen als gescheitert betrachtet werden.

Staatliche Institutionen sind vor allem in der Fläche kaum vorhanden und ohne ausländische Unterstützung nicht überlebensfähig, da ein großer Teil der Staatseinnahmen in einem unproduktiven Sicherheitssektor gebunden ist, der zudem selbst Sicherheitsrisiken erzeugt. Damit wächst die Gefahr der Einflussnahme durch und Abhängigkeit von Dritten.

Massive Hilfe wird weiter nötig sein in einem Land, in dem die Wahrscheinlichkeit für ein 15-jähriges Mädchen höher ist, bei der Geburt ihres Kindes zu sterben, als die Grundschule zu absolvieren.

Die Euphorie über das gelungene Referendum und die bevorstehende Trennung von Norden sind mittlerweile von massiven Kämpfen überschattet. Kurz nach dem

Referendum brachen, wie befürchtet, Kämpfe zwischen oppositionelle Milizen und der SPLA, innerhalb der Joint Integrated Units, zwischen ethnischen Gruppen und zwischen ansässigen Bauern und Nomaden mit Viehbesitz aus.

UN-Militärmissionen

Unsere Skepsis gegenüber dem massiven Einsatz der UN und der internationalen Geber hat sich nicht vermindert. Die von der UN geleistete humanitäre Hilfe ist momentan unverzichtbar. Auch viele Aspekte des zivilen Teils der UNMIS im Süden sind sehr sinnvoll, zum Beispiel die Minenräumung oder die Bereitstellung der Infrastruktur für das Referendum.

Wir lehnen aber den militärischen Teil der UN-Mission (sowohl UNMIS im Süden als auch UNAMID in Darfur) ab. Keiner der möglichen gewalttätigen Konflikte im Sudan sind einer militärischen Bearbeitung zugänglich – im Gegenteil behindert der Fokus auf das militärische eine wirkliche Lösung der Konflikte. So stehen Ansätze zur zivilen Konfliktbearbeitung und der Aufbau nachhaltiger Entwicklungsmöglichkeiten hinter den Prioritäten Sicherheit und Governance zurück. Beispielsweise stellt der DED den Zivilen Friedensdienst im Südsudan zum 1.1.2011 ein – und das, obwohl hier seit Jahren sehr wertvolle Arbeit zur friedlichen Bearbeitung von Konflikten geleistet wurde.

Die meisten Bundeswehrsoldaten, die für UNMIS arbeiten, sind unbewaffnete Militärbeobachter. D.h. sie berichten Sicherheitsvorfälle an die Stellen, die sich dann mit der Konfliktbearbeitung befassen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Beobachterarbeit von Soldaten durchgeführt wird. Hilfsorganisationen und MenschenrechtsaktivistInnen berichten, dass sie sich ohne militärische Begleitung sehr viel sicherer und freier im Land bewegen können als mit. Die Übernahme von zivilen Aufgaben durch Militärs behindert den nachhaltigen Aufbau ziviler Strukturen.

In Darfur übernimmt ein riesiger Militärapparat inzwischen Aufgaben von humanitären und entwicklungspolitischen Organisationen, was von diesen scharf kritisiert wird, da sie nicht vom Militär vereinnahmt werden wollen.

Eine Folgemission von UNMIS wird derzeit bei den Vereinten Nationen beraten und könnte zum Juli auch im deutschen Bundestag vorgelegt werden.

Interesse des Westens an einer Abtrennung

Während der letzten fünf Jahre baute der Südsudan mit Unterstützung vor allem westlicher Länder, auch Deutschlands, staatliche Strukturen und Institutionen auf, während der Norden des Landes international weitgehend isoliert wurde. Die Umsetzung des CPA wurde nur halbherzig unterstützt, so dass eine ernsthafte

Entwaffnung nie stattgefunden hat und die demokratische Transformation nicht einmal in Ansätzen verwirklicht ist. Die USA haben von Anfang an auf eine Abtrennung des Südens gesetzt, um einerseits den muslimischen Norden zu schwächen und andererseits einen besseren Zugriff auf die Ressourcen des Südens zu haben.

Bereits jetzt stehen ausländische Investoren in den Startlöchern, dabei geht es um den Zugriff auf das im Südsudan liegende Öl, aber auch um andere Rohstoffe und um den Zugriff auf das fruchtbare Land.

Unsere außenpolitischen Forderungen

Keiner der Konflikte im Sudan kann mit Militär gelöst werden. Daher Konzentration auf rein zivile Konfliktbearbeitung und Beendigung der Beteiligung der Bundeswehr an UNMIS und UNAMID.

Die Bevölkerung im Süden wie im Norden braucht eine Entwicklungsperspektive. Deutschland muss die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Norden wieder aufnehmen und sein Engagement verstärken, auch beim Aussöhnungsprozess zwischen Nord und Süd.

Für einen bedingungslosen Schuldenerlass für den Sudan

Reisebericht

Jan van Aken und Kathrin Vogler

Aktueller Anlass unserer Reise im vergangenen November war das bevorstehende Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan. Das Referendum sollte den Friedensprozess, der 2005 mit dem umfassenden Friedensabkommen (CPA) eingeleitet wurde, abschließen und einen endgültigen Schlussstrich unter den Jahrzehnte langen Krieg zwischen dem Norden und dem Süden des Landes ziehen. Kurz vor dem Referendum – das im Januar 2011 dann durchgeführt wurde – fiel die Bilanz des Friedensprozesses gemischt aus: positiv ist, dass es in den sechs Jahren der Übergangsphase nicht wieder zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden ehemaligen Bürgerkriegsparteien in Nord und Süd gekommen ist. Auch haben sich in den letzten Jahren erste Ansätze in der Zivilgesellschaft entwickeln können, den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung abzulehnen und alternative, gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln. Doch die Umsetzung des CPA ist nur zu Teilen gelungen und bis heute sind zentrale Streitfragen zwischen den Vertragspartnern nicht geklärt: der Grenzverlauf, vor allem in den ölreichen Gebieten, und die Zukunft der Provinz Abyei sind weiterhin umstritten, Fragen der zukünftigen Staatsangehörigkeit, der Schuldenaufteilung und der Aufteilung der Öleinnahmen sind weiter ungeklärt. In Darfur wird weiter gekämpft, im Osten und im Süden des Landes schwelen Konflikte, die durch eine erfolgreiche Abtrennung des Südens nicht gelöst wären – sondern in Kämpfe um weitere Sezessionen, z.B. im Osten des Landes und einen neuen Bürgerkrieg im Süden des Landes eskalieren könnten. Wir wollten uns selbst ein Bild von der Lage vor Ort machen.

Folgende Aspekte standen dabei für uns im Vordergrund:
Die politische Lage vor dem Referendum und die Positionen der unterschiedlichen Akteure
Erfahrungen und Perspektiven der zivilen Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbearbeitung

Die Stimmung zwei Monate vor dem Referendum

Entsprechend dem Fahrplan des CPA konnte die südsudanesische Bevölkerung am 9. Januar 2011 darüber entscheiden, ob sie Teil eines vereinten Sudan bleiben oder unabhängig werden will. Das Ergebnis war eindeutig: Über 90% sprachen sich für einen eigenständigen Staat aus, der formell am 9. Juli 2011 entstehen wird.

Die Vorbereitungen für das Referendum liefen zum Zeitpunkt unserer Reise auf Hochtouren, aber weit hinter dem Zeitplan: noch immer waren nicht alle Wahlunterlagen verteilt, die Wähleraufklärung, insbesondere in den abgelegenen Ge-



Im Zentrum von Juba steht die große Countdown-Uhr, die die Tage, Stunden und Minuten bis zum Referendum anzeigt

den Wahllokale fernhalten – sie setzt die Wählerinnen unter Druck, gegen ihre Überzeugung für Sezession zu stimmen. Das könnten wir nicht hinnehmen.«

genden des Südens, konnte noch nicht durchgeführt werden, u.a. weil sich die Referendumskommission noch nicht auf die Wahlsymbole geeinigt hatte und Geld und Infrastruktur fehlte, um die Menschen in entlegenen Regionen zu erreichen. Die SPLM warf der Regierung in Khartoum vor, die Referendumsvorbereitungen vorsätzlich zu behindern, um einen reibungslosen Ablauf zu erschweren und so das Referendum zu verzögern und im Nachhinein das Wahlergebnis anfechten zu können. In Gesprächen mit Parteifunktionären und Parlamentariern der NCP wurden diese Vorwürfe zurückgewiesen. Sie sagten uns, dass sie ihren Teil der Vorbereitungen erfüllten und das Ergebnis des Referendums anerkennen würden, wenn es frei, fair und transparent zustande komme. Gleichzeitig deuteten die Äußerungen der NCP-Politiker darauf hin, dass die NCP die Wahl anfechten könnte:

»Wenn das Ergebnis Sezession ist, dann war das Referendum gefälscht« hieß es, und »Die SPLA muss sich von

Die Leiterin der Wahlbeobachtungsmission des Carter Centre gibt uns bei einem Treffen in Juba zu verstehen, dass es bei dem derzeitigen Stand der Vorbereitungen trotz der Verzögerungen immer noch eine Chance dafür gäbe, die Vorbereitungen bis zum Beginn des Referendums zufrieden stellend abzuschließen. Allerdings dürfe es dann keinerlei weitere Verzögerungen geben und nichts Unvorhergesehenes passieren. Optimal seien die Voraussetzungen für ein freies, faires, transparentes und allen Berechtigten zugängliches Referendum jedenfalls nicht. Im Südsudan treffen wir VertreterInnen von der SPLM nahe stehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie üben scharfe Kritik an den internationalen Akteuren. Alle internationalen Gelder für das Referendum, auch die deutschen, würden an UNDP gegeben und UNDP weigere sich, die Gelder an die zivilgesellschaftlichen Organisationen und die südsudanesisische Regierung weiter zu geben – und erschwere damit die Vorbereitungen auf das Referendum. UNDP

sitze auf dem Geld, anstatt es ihnen zu geben, um die Wähleraufklärung und die Verteilung der Wahlunterlagen gerade in den abgelegenen Regionen des Südens zu finanzieren. So fließe ein großer Teil der Gelder an die Internationale Organisation of Migration, die die Wahlen in den anderen Ländern organisiere, ohne dass die IOM jemals Gelder hätte beantragen müssen. Den Südsudanesen hingegen würde das Geld durch durch komplizierte und intransparente bürokratische Antragsverfahren vorenthalten.

Trotz aller Skepsis, die uns im November entgegenschlug, fand das Referendum im Januar zum geplanten Zeitpunkt statt und wurde von allen Wahlbeobachtern einhellig als fair eingestuft. Auch unsere Befürchtungen, der Norden könne das Wahlergebnis anfechten, haben sich nicht bestätigt. Präsident Bashir war einer der ersten, die das Ergebnis öffentlich anerkannten.

Besuch der Shifa Fabrik Ruine

Vor unserem Termin mit dem Generalsekretär der oppositionellen UMMA-Partei fahren wir in ein Industriegebiet von Khartoum, um uns die Überreste einer pharmazeutischen Fabrik anzusehen. Die Shifa-Fabrik wurde am 20. August 1998 durch einen Angriff von US-Bomben fast vollständig zerstört. Die US-Regierung begründete die Bombardierung damit, dass in der Fabrik chemische Waffen hergestellt würden. Beweise dafür hat sie nie liefern können. Dennoch weigert sie sich bis heute, den Besitzer der Fabrik zu entschädigen oder sich dafür zu entschuldigen, dass sie mit der Bombardierung der Fabrik die Versorgung unzähliger Menschen mit wichtigen Medikamenten unmöglich gemacht hat.



In den Trümmern der von den USA durch einen Bombenangriff verwüsteten pharmazeutischen Fabrik liegen noch tausende Arzneimittelfläschchen

Wir betreten das Fabrikgelände durch ein Tor, hinter dem ein kleines, leeres Wachhäuschen steht. Kurz nachdem wir das Gelände betreten erscheint ein Wachmann. Unser Übersetzer erklärt dem Mann unser Anliegen – er hat nichts dagegen, dass wir uns umsehen. Das Fabrikgelände sieht aus, als wäre es gerade erst bombardiert worden. Neben einigen Pfeilern und halben Wänden steht von den ehemals vier Gebäuden nichts mehr – überall Schutt. Dazwischen liegen tausende von Glasscherben, aber auch noch vollständige Arzneimittelfläschchen. An vielen befinden sich noch die Originaletiketten – die meisten von Ihnen weisen die Flaschen als Penicillin aus. Der Wachmann erklärt uns, dass der Besitzer der Fabrik bis heute um Entschädigung kämpft und dass die Fabrik als ein Mahnmal zu verstehen ist, das den ungerechtfertigten Angriff dokumentieren soll – deshalb werde hier auch nicht anderes gebaut.

Positionen der Parteien

Die Umma Partei

Als erstes treffen wir den Generalsekretär der oppositionellen UMMA Partei, Sadiq al Mahdi. Al Mahdi residiert in einem herrschaftlichen Haus, das Grundstück hat nicht nur einen akkurat gemähten englischen Rasen in einem elegant angelegten Garten, sondern beherbergt auch das Mausoleum, in dem die Überreste seines berühmten Vaters aufgebahrt sind und ein aus Bambus gefertigtes Teehaus, in dem es trotz ca. 42 Grad Außentemperatur angenehm kühl ist. Hier empfängt uns al Mahdi bei Fruchtsaft und Kuchen zum Gespräch.

Al Mahdi kritisiert, dass die Wahl zwischen Einheit und Unabhängigkeit nichts wert sei, wenn damit keine Visionen verknüpft werden. Unabhängigkeit an sich sei kein Wert, denn es komme auf die Qualität der Unabhängigkeit an: was für ein Staat soll entstehen, welches Staatswesen soll er haben, wie werden die verschiedenen Gruppen dort zusammen leben? Ebenso wäre auch die Einheit an sich kein Wert: ein Weiter wie bisher dürfe es nicht geben, erst die demokratische Transformation könne Einheit schaffen. Seiner Auffassung nach haben beide CPA-Partner auf diese Fragen keine Antworten. Al Mahdi ist ein eloquenter Redner, der weniger den religiösen Führer als den aufgeklärten Analytiker gibt. Nach seiner Einschätzung der politischen Lage gefragt, beginnt er mit einem Allgemeinplatz: »Regierungen neigen dazu eine Menge Fehler zu machen«. Dies gelte auch für die NCP. Als sie an die Macht kam, versuchte sie der multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft eine monolithische Ideologie aufzuzwängen – al Mahdis Auffassung nach die Ursache aller Probleme im Sudan. Das CPA sieht er kritisch. Die zentralen strategischen Ziele seien nicht erreicht worden: Anstelle einer Beteiligung aller politischen Kräfte wurde eine Regierung gebildet, die politische Parteien ausschloss; das Ziel, die Einheit attraktiv zu machen werde von den beiden Regierungsblöcken NCP und SPLM verhindert, da sie ihre extremen ideologischen Unterschiede nicht überwinden, sondern eine Art »Kalten Krieg« gegeneinander führten. Zudem seien Teile des CPA selbst auf Sezession angelegt, so z.B. die Aufteilung des Landes in einen islamischen

Norden und einen christlichen Süden und die 50/50-Teilung der Öleinnahmen. Demokratisierung und grundlegende bürgerliche wie Menschenrechte würden durch ein Rechtssystem verhindert, das den Regierenden die Macht garantiert und massive Repression gegen die Opposition erlaubt, solange es nicht durch ein demokratisches Rechtssystem ersetzt wird. Die Internationale Gemeinschaft habe diese auf Sezession angelegte Entwicklung zudem befördert, indem sie die NCP, also den Norden als »bad guy« isolierte und den Süden, also die SPLM zum »good guy« erklärte. Al Mahdi sieht das CPA als gescheitert an und plädiert für eine Reihe von Maßnahmen:

Vorbereitung und Durchführung des Referendums muss in die neutralen Hände der UN übergeben werden, da die Referendumskommission nicht unabhängig und damit das Ergebnis des Referendums anfechtbar sei.

Die »flash points« wie der Grenzverlauf oder die Teilung der Öleinnahmen müssten unabhängig vom Datum des Referendums in einem »Komitee der Weisen«, einer unabhängigen Gruppe diskutiert werden, also ohne Zeitdruck und parteiunabhängig (Wir vermuten, dass Sadiq al Mahdi sich durchaus als einen der Weisen betrachtet).

Die Wahloptionen Einheit und Unabhängigkeit müssten mit Inhalt gefüllt werden, so dass die Wahl für Einheit oder Unabhängigkeit eine Wahl für Freiheit und Gerechtigkeit würde und im Falle der Unabhängigkeit diese kooperativ wäre.

Diese Vorschläge seiner UMMA Partei sollten in einem Treffen aller politischen Akteure diskutiert werden.

Die stellvertretenden Generalsekretärin Mariam al Sadiq al Mahdi (und Tochter al Mahdis), die später zu dem Gespräch dazu stößt, betont die positive Rolle Deutschlands und die enormen Einflußmöglichkeiten der EU, von der sie erwartet, sich stärker auf die Qualität des Referendumsprozesses zu konzentrieren und nicht allein auf das Datum und die Wahlbeobachtung.



»Die Wahl zwischen Einheit und Unabhängigkeit allein ist nichts wert« meinen Sadiq al Mahdi und seine Tochter Mariam Sadiq al Mahdi

Die Rolle der beiden internationalen Militärmissionen UNMIS und UNAMID sehen beide negativ. Beide Missionen hätten nicht dazu beigetragen, die wichtigen Streitpunkte zwischen den beiden CPA-Parteien in fünf Jahren zu klären. Jetzt müssten sie es in wenigen Wochen schaffen, was unmöglich sei. Auch darum müsse die Frage des Öls aus dem Referendum herausgelöst werden.

SPLM Nord

Auch Yasir Arman, der stellvertretende Generalsekretär der SPLM, der aus dem Norden kommt und der ranghöchste Vertreter der SPLM in Khartoum ist, ist davon überzeugt, dass unabhängig vom Ausgang des Referendums eine Veränderung im Zentrum (also bei der NCP in Khartoum) stattfinden müsse. Er sei für die Einheit des Landes, aber nicht für ein weiter so, sondern für eine Einheit der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung für alle Sudanesischen und Sudanesen. Arman gehört als Gegner einer Abtrennung des Südens zu einer Minderheit in der SPLM. Trotz der Drohungen der NCP wolle die SPLM im Fall der Sezession weiter im Norden aktiv bleiben, und für die demokratische Transformation des Nordens und des »Zentrums« (also der NCP) kämpfen. Die Internationale Gemeinschaft und das CPA verfolgten seiner Auffassung nach den falschen Ansatz, was mit dazu geführt hätte, dass sich der Süden abtrennen wird: der Süden litt unter Diskriminierung, doch statt sich den Urheber Khartoum bzw. die NCP vorzunehmen, wurde das Problem an die SPLM delegiert – mit der Aussicht auf eine Abtrennung.

Arman erwarte von der deutschen Regierung Unterstützung bei der Implementierung des CPA und dem Referendum. Zudem solle die deutsche Regierung gegenüber der NCP die Demokratisierung des Nordens und eine neue, demokratische Verfassung einfordern (die Übergangsverfassung endet mit dem CPA, also im Juli 2011)



Bilder von John Garang, dem Idol der Südsudanesischen und Visionär eines neuen Sudan zieren die Wände im Büro von Yasir Arman

Die Kommunistische Partei

Gegen die prächtige Residenz des UMMA-Generalsekretärs wirkt das Parteibüro der Kommunistischen Partei ärmlich. Ein karger, zubetonierter Innenhof und ein Konferenzraum, der fast vollständig ausgefüllt ist mit einem riesigen Konferenztisch und mächtigen, alten Bürossesseln, eine laute Klimaanlage, einige Bilder an den unverputzten Wänden. Die Kommunistische Partei hat wenig Geld, dafür hat sie, wie wir später resümierend feststellen, als einzige Partei ein politisches Programm und definiert sich nicht ausschließlich ethnisch, regional oder religiös. Siddig Yussip, Hashim Babihier, Faisal Bashier und Dr. Shafie Khider sehen dem Referendum aus mehreren Gründen mit Sorge entgegen. Zwar glauben sie, dass NCP und SPLM keinen neuen Krieg wollen, fürchten aber, dass die vielen ungeklärten Probleme und so genannte proxys (Stellvertreter) einen neuen Krieg auslösen könnten. Ein Schlüssel zur Vermeidung eines neuen Kriegs läge in ökonomischen Erwägungen. Beide, NCP und SPLM, bräuchten die Öleinnahmen und wollten sich auch persönlich an ihnen bereichern. Gleichzeitig tendierten beide seit langem zur Separation – auch die NCP, die zwar immer von Einheit spricht, den lästigen christlichen Süden aber seit langem loswerden wolle, um einerseits ihr islamisches System aufrecht erhalten zu können, inklusive der Sharia, und andererseits, um sich nicht um die Entwicklung des armen weit entfernten Südens kümmern zu müssen. Doch man solle sich nicht täuschen lassen. Religion würde instrumentalisiert, um Macht zu erhalten, insbesondere die ökonomische Macht der Kapitalisten. So sei der vermeintliche Konflikt zwischen dem arabisch-muslimischen Norden und dem afrikanisch-christlichen Süden in erster Linie ein Verteilungskonflikt, der über Religion die jeweiligen Anhänger rekrutiere.

Siddig Yussip kritisiert die Internationale Gemeinschaft dafür, dass sie sich nur auf die beiden CPA-Partner konzentriert und versäumt habe, sich dafür einzusetzen, dass andere politische Parteien und Akteure in das CPA und deren Umsetzung eingebunden wurden. Zwar sei die Kommunistische Partei seit 2005 legalisiert, eine Beteiligung am CPA bzw. der Transformation des Landes wurde ihr, wie auch anderen Oppositionsparteien, bis heute verweigert.

Die Kommunistische Partei will die Sezession des Südens nicht. Sie löse erstens die ökonomischen Probleme nicht und sie würde zweitens auch nicht zu einer demokratischen Transformation führen – weder im Norden noch im Süden. Den im Norden lebenden Menschen wird nach dem Ende des CPA und mit der Abtrennung des Südens die Hoffnung auf Demokratisierung genommen. Die KP befürchtet zudem massive Repression gegen oppositionelle Kräfte im Norden und einen schon im Ansatz gescheiterten Staat im Süden. Eine Abtrennung des Südens würde lediglich ein neues Somalia hervorbringen, so die Einschätzung unserer Gesprächspartner. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien ist die Kommunistische Partei säkular. In ihrem Programm fordern sie eine konsequente Armutsbekämpfung, unabhängige Gewerkschaften und ein umfassendes Bildungssystem für alle.

Funktionäre der National Congress Party (NCP)

In der Parteizentrale der National Congress Party (NCP) treffen wir den ehemaligen deutschen Botschafter in Deutschland Ahmed G.A. Karim und den in der Partei für die USA und Europa zuständigen Osama Faisal Elsayed. Karim beginnt das Gespräch mit einem längeren Monolog über die langjährigen guten deutsch-sudanesischen Beziehungen, die durch die Darfur-Resolutionen im Jahr 2004 empfindlich gestört wurden. In der derzeitigen Situation sei das Referendum Karim´s Auffassung nach nicht wichtig. Es ginge viel mehr um Stabilität und darum, den Bedürfnissen der gesamten sudanesischen Bevölkerung zu entsprechen. Im Falle der Einheit müsse die Entwicklung des Südens in Angriff genommen werden, die Programme dafür lägen bereits in den Schubladen (warum sie nicht längst in Angriff genommen wurde, erklärt er nicht). Im Falle der Sezession ginge es darum, gute Beziehungen zu dem neuen Staat aufzubauen – denn auch eine Abtrennung ändere nichts daran, dass alle Sudanesen seien. Das Referendum solle seiner Meinung nach wie geplant stattfinden, allerdings müssten alle offenen Fragen des CPA vorher geklärt sein. Wir fragen Karim und Elsayed nach ihrer Haltung zu den Vorwürfen, dass die NCP eine Einigung in den strittigen Fragen blockiere. Karim wies dies als unbegründet zurück. Anders als manche internationale Staaten würde die NCP auch keine derartigen Beschuldigungen aussprechen. Die Ölfrage sei nicht kriegsentscheidend, erklärt uns Karim. Sie sei lediglich eine technische Frage: der Norden habe die Infrastruktur, der Süden das Öl – die Einigung über die zukünftige Teilung wäre eine mathematische, keine politische Aufgabe.

Angesprochen auf die Menschenrechtssituation im Sudan antwortet Elsayad, dass viele andere Staaten die Menschenrechte verletzen, wie etwa China. Trotzdem würden die deutsch-chinesischen Beziehungen nicht in Frage gestellt. Deutsch-



Eingang zur Parteizentrale der National Congress Party

land orientiere sich auch in dieser Frage viel zu stark an der US-Politik. Stattdessen solle Deutschland die Beziehungen zum Sudan aufrecht erhalten und so auch Einfluss auf die demokratische Entwicklung nehmen, anstatt dies den Chinesen zu überlassen, die als einzige eine kluge Politik im Sudan verfolgten und davon profitierten – vor allem am Öl.

Zum Ende unseres Gesprächs spricht Kathrin Vogler das von der sudanesischen Regierung vor einigen Jahren ausgesprochene Einreiseverbot gegen die Grüne Abgeordnete Kerstin Müller an. Deutschland war in den Jahren 2003/2004 nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und dort für den Sudan zuständig. Kerstin Müller, die damals Staatssekretärin der rot-grünen Koalition war, hatte sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass es wegen des Darfur-Konflikt zu einer Resolution durch den UN- Sicherheitsrat kam. Darauf hin wurde sie als Persona non grata aus dem Sudan ausgewiesen.

Karim äußert Verständnis dafür, dass man sich für die Kollegin einsetze, allerdings dürfe man nicht vergessen, dass Kerstin Müller mit ihrem Vorstoß im UN-Sicherheitsrat den Bürgerkrieg in Darfur provoziert hätte. Wörtlich sagte er: »she provoked a civil war«.

Der Konflikt in Darfur sei ja erst durch die internationale Gemeinschaft zu dem gemacht worden, was er heute ist. Es habe vorher nur die üblichen Auseinandersetzungen um Land, Wasser und Weideflächen gegeben. Mit der Entsendung von UNAMID sei es dann zu der Gewalteskalation gekommen. Anstelle von UMAMID hätte die Internationale Gemeinschaft die enormen Gelder lieber in die regionale Entwicklung investieren sollen, denn dann gäbe es heute keine Gewalt mehr in Darfur. Unsere beiden Gesprächspartner weisen jegliche Verantwortung der NCP bzw. der Zentralregierung in Khartoum an dem Konflikt in Darfur Vehemenz zurück. Inzwischen wurde bekannt, dass die Abgeordnete Kerstin Müller in ihrer Funktion als Vorsitzende des Unterausschusses Zivile Krisenprävention im Frühjahr 2011 ein Visum für den Sudan erhielt. Inwieweit unsere Intervention bei dieser Entscheidung eine Rolle spielte, wird sich wohl nicht klären lassen.

United Democratic Forum (UDP)

In der südsudanesischen Hauptstadt Juba treffen wir Peter Sule, den Vorsitzenden der Oppositionspartei United Democratic Forum (UDP) im Logali House. Die UDF sei nicht im Parlament vertreten, da man sie vor den Wahlen im vergangenen April an einer Wahlbeteiligung gehindert habe. Die Wahlen waren seiner Meinung nach weder demokratisch noch fair, sondern manipuliert und gefälscht. Einige Funktionäre der UDF seien vor der Wahl eingeschüchtert und verprügelt worden. Manche wurden eingesperrt und seien bis heute in Haft. Sule erklärt uns, dass seine Partei schon vor dem CPA für die Unabhängigkeit des Südens eingetreten sei. Dafür seien sie während des CPA auch von der SPLM ausgegrenzt worden. Wir fragen ihn, ob seine Partei an der All-Parteien-Konferenz teilgenommen habe. Man habe daran teilgenom-

men, aber die Konferenz dürfe nicht überbewertet werden. Sie habe nur stattgefunden, um Geschlossenheit für die Unabhängigkeit zu demonstrieren. Was nach dem Referendum passiere werde sich erst zeigen. Die UDF fordere eine Übergangsphase bis Ende 2011. Bis dahin müsse eine neue Verfassung entwickelt und Wahlen vorbereitet werden. Sule befürchtet allerdings, dass die SPLM eine Übergangsregierung mit Beteiligung aller Parteien blockieren und Wahlen immer wieder verschieben werde. Auch fürchtet er, die SPLM könne alle anderen Parteien von der Verfassungsreform ausschließen. Er denke deshalb darüber nach, einen eigenen Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Er selbst würde ein föderales System wie in Deutschland befürworten. Die UDF stehe für eine liberale Politik, die sich seit ihrer Gründung durch seinen Vater 1948 für eine Politik der Wohlfahrt und Partizipation einsetze. Die SPLM habe seiner Meinung nach seit dem Tod von John Garang keine Vision mehr und man wisse nicht, wofür sie eigentlich stehe. Die meisten Politiker der SPLM seien ungebildete Kämpfer und gehörten nur einem Stamm, den Dinka, an. Nach den Herausforderungen der Zukunft gefragt, nennt Sule eine Reihe von Problemen:

Der Norden würde versuchen, den Süden zu spalten; die Rückkehrer aus dem Norden müssten integriert werden, es fehlten jedoch die Ideen dafür; die Fehler, die der muslimische Norden gemacht habe würden heute auch im Süden gemacht: Unterdrückung, Vergewaltigung, Mord. Die Nomaden und ansässige Bauern würden aufeinander losgehen, Stämme sich gegenseitig bekämpfen. Straflosigkeit sei weit verbreitet – die Polizei würde Vorfälle nicht untersuchen, kein Gericht würde Verbrecher verurteilen. Kriminalität und Gewalt würde unter den Augen der Regierung stattfinden.

Ein großes Problem sieht Sule in der traditionellen Viehzucht. Viele Viehbesitzer besäßen tausende Stück Vieh. Um sie alle zu ernähren, müssten sie große Strecken hinter sich legen, um ausreichend Weideland zu finden. Dabei käme es immer wieder zu Konflikten mit ansässigen Bauern, deren Land die Viehzüchter zerstörten, wenn sie ihre Herden darüber trieben. Man müsse den Viehzüchter klar machen, dass eine gesunde Kuh, die ausreichend gutes Futter bekommt, mehr bringe als 100 schlecht ernährte und durch lange Märsche geschwächte Kühe. Aber nicht nur die Viehzüchter müssten sich umstellen, auch die Bauern: ein vier Hektar großes Feld brächte kaum Ertrag, weil alles mit der Hand gemacht würde. Gäbe man den Bauern Maschinen, könnten sie aus der Hälfte des Landes das Doppelte herausholen. Landwirtschaft und Viehzucht seien von Traditionen bestimmt und die seien schwer zu überwinden, aber die Menschen müssten lernen, dass sich Dinge verändern müssen.

Am nächsten Tag werde Sule sich mit einer Gruppe Bari treffen, einem Stamm von Bauern, die von den Mundari, nomadischen Viehzüchtern, von ihrem Land vertrieben wurden. Man werde sich in einem Gemeindezentrum außerhalb Jubas treffen und beraten, wie man sich gegen die Vertreibung wehren könne. Sule bietet Norman Paech, der nicht mit nach Yei fahren wird, an, ihn zu begleiten.

Legislativ Assembly der SPLM

Ebenfalls in Juba treffen wir uns mit Vertretern der SPLM, unter ihnen der Sprecher des Legislativ Assembly Daniel Awet Akot, die Ministerin für Gender, Soziales und Religion Agnes K. Lasuba und der Leiter der Oppositionsgruppe SPLM-DC Onyoti Adigo Nyikwec.



VertreterInnen der SPLM berichten von den Vorbereitungen auf das Referendum

Awet Akot beginnt das Gespräch mit der Versicherung, dass die SPLM das Referendum gut vorbereite und dafür Sorge, dass es zum geplanten Zeitpunkt stattfinden würde – dieses Ziel werde man gegen alle Widerstände erreichen. Die bislang ungelösten Fragen wie die Ölaufteilung und die Grenzziehungen lasse man als Argument für eine Verschiebung des Referendums nicht gelten. Die SPLM sei bereit, sich zu einigen. Die Internationale Gemeinschaft müsse den Druck auf Khartoum erhöhen und dafür sorgen, dass die NCP den CPA-Prozess nicht weiter blockieren kann. Vor dem Referendum müsse die Internationale Staatengemeinschaft, auch Deutschland, mehr Truppen in die Grenzregion schicken. Die Truppen der sudanesischen Armee versuchten seit Monaten gewalttätige Auseinandersetzungen zu provozieren, die südsudanesischen Truppen würden sich auf diese Provokationen jedoch nicht einlassen. Die internationalen Truppen müssten präsent sein, um den Südsudan zu schützen und um zu bezeugen, dass es allein der Norden ist, der mit Gewalt gegen den Süden vorgeht. Die USA seien im Süden besonders willkommen, denn sie »haben Muskeln«. Mit den Chinesen wolle die SPLM hingegen nichts zu tun haben – der Norden habe sie ins Land geholt, deshalb seien sie für den Süden keine Partner.

Die Vertreter der SPLM richten auch ganz konkrete Forderungen an uns:

- Deutschland müsse das Ergebnis des Referendums umgehend anerkennen
- den Südsudan massiv beim Aufbau von Infrastruktur, dem Bildungssektor und staatlichen Institutionen unterstützen
- die Südsudanesen im Norden unterstützen und sich insbesondere dafür einsetzen, dass die im Norden Studierenden ihr Studium ungehindert abschließen können
- den Südsudan auch mit Truppen unterstützen und vor dem Norden schützen.

Auf unsere Frage nach dem Konfliktpotential im Südsudan und den möglichen Gefahren eines Gewaltausbruchs innerhalb des Südens nach dem Referendum, erklärt man uns, dass es im Südsudan keine Konflikte gäbe. Sie seien ebenso, wie die Behauptung, der Südsudan sei von Beginn an ein »failed state« Propaganda aus dem Norden.

Gefahr von Gewaltausbrüchen oder einem neuen Krieg

Je näher das Referendum rückt, desto größer wird die Angst vor einem neuen Krieg oder zumindest massiven Gewaltausbrüchen. Wir haben unsere Gesprächspartnerinnen nach ihrer Einschätzung gefragt.

Gewalt gegen im Norden lebende Südsudanesen und im Süden lebenden Nordsudanesen befürchtet

Alle GesprächspartnerInnen, die wir im Südsudan trafen, befürchteten massive Gewalt gegen im Norden lebende SüdsudaneseInnen. Im Falle der Sezession, so ihre Sorge, würde die NCP bzw. von ihr animierte oder zumindest nicht zurückgehaltene lokale Gruppen gezielt Gewalt gegen die SüdsudaneseInnen im Norden ausüben und die nordsudanesische Bevölkerung gegen die SüdsudaneseInnen aufstacheln. Diese Befürchtungen haben sich bis heute nicht bestätigt. Allerdings ist der zukünftige Status der im Norden lebenden SüdsudaneseInnen bislang nicht geklärt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des sudanesischen Parlamentes und Mitglied der NCP machte in unserem Gespräch deutlich, dass sich nach einer Abspaltung des Südens natürlich der Status der SüdsudaneseInnen im Norden ändern würde, sie seien dann Ausländer. Was dies zukünftig bedeuten wird ist auch 4 Monate nach dem Referendum nicht geklärt. Viele SüdsudaneseInnen sind bereits in den Süden migriert, diejenigen, die im Norden geblieben sind, leben in einer unsicheren Situation. Befürchtungen von Gewalt gegen im Süden lebende NordsudaneseInnen haben sich bislang auch nicht bestätigt. Für sie ist die derzeitige Situation dennoch ähnlich beunruhigend, wie die der SüdsudaneseInnen im Norden, da auch ihr zukünftiger Status ungeklärt ist. Die Lage bleibt also erst einmal prekär.

Drohende Kämpfe um Abyei

Als zentraler Schauplatz möglicher Gewaltausbrüche wird die ölfreiche Region Abyei genannt. Abyei sollte laut CPA in einem eigenen, zeitgleich stattfindenden, Referendum darüber abstimmen, ob die Region zukünftig zum Süden oder zum Norden des Sudan gehören soll. In Abyei stellen sich besondere Probleme: umstritten ist bis heute, wer an der Abstimmung teilnehmen darf. Die Misseriya, ein arabischer Stamm von Nomaden mit Viehbesitz, migriert jährlich nach Abyei, um dort Weideland für ihr Vieh zu nutzen.

Im Falle einer Abspaltung Abyeis würde ihnen diese traditionelle, temporäre Migration genommen. Die Misseriya bestanden deshalb darauf, an dem Referendum teilzunehmen. Die ansässige Bevölkerung und die Regierung im Südsudan lehnte



Kaum eine Region in dem riesigen Land ist frei von Konflikten

dies jedoch kategorisch ab. Die Misseryia stünden dem Norden nahe und würden für die Einheit stimmen. Die Teilnahme der Misseryia an dem Abyei-Referendum könne das Wahlergebnis also maßgeblich und zu Gunsten des Nordens beeinflussen. Zudem würde schon die Registrierung massive Probleme hervorrufen, da nicht zu kontrollieren ist, wer tatsächlich regelmäßig zwischen Nord und Süd migriert. Die Misseryia hatten angekündigt, Abyei in Schutt und Asche zu legen, wenn sie vom Referendum ausgeschlossen würden. Über das Potential dazu verfügen sie offenbar. Die Misseryia haben eine Unmenge Waffen in Besitz, dem stellvertretenden SPLM-Vorsitzenden Arman zufolge sollen sie innerhalb von zwei Tagen 20.000 Bewaffnete mobilisieren können. Nach unserer Rückkehr erfuhren wir, dass die Abyei-Frage zur Chefsache gemacht wurde und direkt zwischen Salva Kiir, dem Präsidenten des Südens, und al Bashir ausgehandelt wird, als Teil des Gesamtpaketes der ungelösten Fragen wie Grenzverlauf und Aufteilung von Schulden und Einnahmen. Das eigene Referendum für Abyei scheint damit vom Tisch zu sein. Seit dieser Entscheidung ist es zu massiven Gewaltausbrüchen gekommen. Kämpfe zwischen Einheiten der Armeen aus Nord und Süd und zwischen den Misseryia und ansässigen Südsudanern haben zu einer desaströsen Sicherheitslage geführt.

Ob die Misseryia von der NCP mit Waffen unterstützt werden, lässt sich schwer nachweisen. Stellvertreterkriege von beiden Seiten wurden aber von vielen unserer Gesprächspartnerinnen als durchaus wahrscheinlich angenommen

Weitere Sezessionskämpfe

Nicht unmittelbar nach dem Referendum, aber in Folge einer gelungenen Abspaltung des Südens, könne es, so befürchten u.a. die Vertreter der Kommunistischen Partei, zu weiteren Sezessionskämpfen kommen. Sowohl in Darfur als auch im Osten des Sudan stünden Sezessionsbestrebungen (noch) nicht ganz oben auf der Agenda der Konfliktparteien. Doch dies könne sich ändern, insbesondere dann, wenn der neue unabhängige Südsudan umfassende politische und ökonomische Unterstützung durch die internationalen Staatenakteure bekommt.

Konflikte und Gewalt im Südsudan

50 Jahre Krieg haben nicht nur jegliche ökonomische Entwicklung im Südsudan verhindert. Der Krieg hat auch eine hochmilitarisierte Gesellschaft hinterlassen. Kaum eine Familie ist unbewaffnet, die Menschen sind vom Krieg traumatisiert und viele kennen nur Gewalt.

Bis heute existieren lose Milizenverbände, die weder in die Zivilgesellschaft integriert noch unter staatlicher Kontrolle sind – dies gelte auch für Teile der SPLA, wie uns eine NGO-Mitarbeiterin berichtet. Entwaffnung hat bislang kaum stattgefunden. Die ehemaligen Kämpfer der SPLA wurden zum großen Teil in den staatlichen Sicherheitsapparat aufgenommen: Armee, Polizei, Feuerwehr und Wildhüter. Mit 250.000-300.000 Angehörigen ist der Sicherheitsapparat im Süden extrem groß, verbraucht einen Großteil der Staatseinnahmen und stellt zudem eine Unsicherheitsquelle im Land dar.

Zudem ist die Gesellschaft entlang von Stammeslinien strukturiert, Patronage ist weit verbreitet. Dies alles stellt ein hohes Konfliktpotential dar. Fast alle Konflikte im Sudan sind lokal verwurzelt, ihre Ursachen sind vielfältig: Armut, begrenzter Zugang zu Ressourcen, Konflikte zwischen ansässigen Bauern und Vieh haltenden Nomaden, Patronage, ethnischen Spannungen und eine tiefe Gewalterfahrung durch den Jahrzehnte langen Bürgerkrieg. Diese Konflikte werden durch eine Abtrennung des Südens vom Norden nicht gelöst. Auch sind sie einer militärischen Bearbeitung nicht zugänglich.

Während unsere Gesprächspartner von der SPLM uns gegenüber versicherten, im Südsudan gäbe es keinerlei Konflikte, zeichneten Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen ein anderes Bild. Die Erwartungen der Bevölkerung an das Referendum seien sehr hoch. Die Menschen haben lange auf den Tag der Unabhängigkeit gewartet und sehnen die Ablösung vom Norden herbei. Mit ihr verbinden sie eine bessere Zukunft, vor allem Freiheit und ökonomische Entwicklung. Die SPLM wird noch als die Kraft gesehen, die die Unabhängigkeit bringen wird. Der gemeinsame Feind, der »arabische« »muslimische« Norden und das gemeinsame Ziel, die Unabhängigkeit, überlagere alle Konflikte innerhalb des Südens. Nach dem Referendum würde diese äußere Klammer wegfallen und enttäuschte Erwartungen könnten dann schnell in Gewalt umschlagen. Der Norden könne dann nicht mehr als Schuldiger für alles Schlechte herangezogen werden, die SPLM würde zwangsläufig in die Kritik geraten. Dabei würde sich der Unmut aus verschiedenen Quellen speisen: das Leben der Menschen im Südsudan wird sich nicht von heute auf morgen verbessern. Das Fehlen von Infrastruktur und Entwicklung lässt sich nicht über Nacht beheben. Gleichzeitig zeichnet sich schon heute ab, dass die SPLM ähnliche Machtstrukturen entwickelt, wie einst die Regierung in Khartoum. Die SPLM hat sich Loyalitäten geschaffen, in dem sie einzelne, mächtige Stämme »eingekauft« und wichtige



Ausbau einer Straße, die vielleicht irgendwann einmal geteert werden wird. Gebaut wird viel – aber fast nur in der südsudanesischen Hauptstadt Juba.

Milizengruppen in die südsudanesische Armee, die SPLA, integriert hat. Fast alle internationalen Gelder sind bislang in Juba, der Hauptstadt des Südsudan, geblieben. Die wenigen geteerten Strassen, die Häuser, die Jobs: alle in Juba. Das Geld, das in die Entwicklung der Stadt, den enormen Sicherheitsapparat und die Taschen der einflußreichen Clans fließt, fehlt im Rest des Landes.

Eine selbsttragenden Ökonomie, eine vernünftige Gesundheitsversorgung, dezentrale Verwaltungsstrukturen gibt es kaum. Mangelnde finanzielle Ressourcen und ausbleibende Entwicklungsunterstützung könnten schnell dazu führen, dass sich die Bevölkerung nun gegen ihre eigene Regierung wendet und im schlimmsten Fall in einen Bürgerkrieg führt. Gewalt ist allgegenwärtig. Oppositionelle Parteien und MitarbeiterInnen von NGOs warfen in unseren Gesprächen der SPLM vor, undemokratisch zu sein und die Bevölkerung zu unterdrücken. Am drastischen drückte es eine Mitarbeiterin der deutschen Entwicklungszusammenarbeit aus: Die SPLA sei derzeit die größte Bedrohung für die Zivilbevölkerung.

Zu einem weiteren destabilisierenden Faktor könnten laut Vertreterinnen von NGOs die erwarteten bis zu 500.000 Rückkehrer aus dem Norden und den Nachbarländern werden. Die SPLM rufe Südsudanesen, die im Norden leben, dazu auf, in den Süden zu kommen, doch sei weder die südsudanesische Regierung noch die Bevölkerung auf diese Menschen vorbereitet, es gäbe weder Wohnraum noch die Perspektive auf Einkommen.

Als ein positives Signal werteten unser Gesprächspartner im Süden das All-Parteien-Treffen, das wenige Wochen vor unserer Reise stattfand. Im Rahmen dieses Treffens von Oppositionsparteien und SPLM einigte man sich darauf, gemeinsam für ein Gelingen des Referendums einzutreten und nach dem Referendum den Dialog weiter zu führen. Darüber hinaus verkündete Salva Kiir eine Amnestie für abtrünnige Milizen, die auch von den wichtigsten Gruppen angenommen wurde. Wichtigster Aspekt für die Opposition: die Aussicht auf die Bildung einer Einheits-

regierung und baldige Wahlen. Die SPLM hatte sich auf dem Treffen zwar positiv zu baldigen Wahlen geäußert, sich aber nicht auf einen Zeitpunkt festlegen lassen. Oppositionspolitiker wie Peter Sule befürchteten deshalb, dass die SPLM nach dem Referendum nichts mehr von Wahlen hören wolle und sich darauf zurückziehen könnte, dass sie ja erst im April 2010 mit großer Mehrheit gewählt wurde.

Juba

Die zukünftige Hauptstadt des Südsudan bildet einen krassen Gegensatz zu Khartoum. Hier leben einige hunderttausend Menschen überwiegend in Lehmhütten oder provisorischen Behausungen. Die wenigen Steingebäude werden von internationalen Organisationen zu horrenden Preisen gemietet oder beherbergen die Regierungsverwaltung. Neu gebaut ist das Gelände der Ministerien. Hier residieren die Minister und Ministerinnen der SPLM in gut klimatisierten und mit opulenten Sofas ausgestatteten Büros, während der Großteil der Bevölkerung im wahrsten Sinnen des Wortes im Müll haust (eine Müllentsorgung gibt es nur minimal, in die holprigen Lehmipisten in weiten Teilen der Stadt haben sich Millionen von Plastikflaschen gefressen). Die massive internationale Präsenz ist nicht allein an den vielen Jeeps mit Staubfiltern und Funkanlage zu erkennen. Diverse Restaurants sind entstanden, so die für sudanesischen Verhältnisse schicke Oasis Lodge, die auch ein Hotel beherbergt – mit Nilblick und direkt hinter einer besonders ärmlichen Ansammlung von Blechhütten gelegen.



Wohnviertel in Juba

Die zahlreichen Hotels, die in den letzten Jahren in Juba gebaut wurden, bestehen aus Containerelementen. Es wirkt, als hätte man schnell bauen müssen, um den rasant wachsenden Bedarf der internationalen »Gäste« befriedigen zu können, ohne sich aber auf lange Zeit und mit hohen Baukosten einrichten zu müssen. Unser Hotel ist das Beijing Hotel. Es verfügt über ein großes Gebäude mit Rezeption, Restaurant und einem Billardsalon, der allein 600 Menschen fassen kann. Die Zimmer liegen links und rechts von einem bepflanzten Weg und bestehen aus ca. 30qm großen

Containerelementen. Alles in diesen Zimmern ist aus China importiert – die Betten, der Fernseher, selbst die Wasserhähne tragen den Stempel eines chinesischen Herstellers. Die Angestellten im Hotel kommen ausschließlich aus dem Ausland, aus Uganda, Äthiopien oder Kenia. Die wichtigen Posten sind mit Chinesen besetzt. Überhaupt scheinen in Juba fast nur Ausländer zu arbeiten: in den Restaurants und im Dienstleistungssektor allemal. Auch der Mietwagenverleih und unser Fahrer kommen aus Uganda. Wie alles in Juba sind auch die Hotels teuer. Eine Übernachtung im Beijing kostet 140 US\$, also etwa die Hälfte des Monatseinkommens eines erfolgreichen Kleinunternehmers. In Juba sind nicht nur alle wichtigen UN-Institutionen vertreten, sondern auch die Mehrzahl der internationalen NGOs. Sie haben hier ihre Büros, von denen aus sie die verschiedenen Projekte im Südsudan koordinieren.

Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration

Das Gewaltpotential im Sudan ist auch wegen der weiten Verbreitung von Waffen extrem hoch. Nicht nur die beiden Armeen (Nord und Süd) und die verschiedenen Rebellen- und Milizengruppen sind bewaffnet, auch die Zivilgesellschaft ist es. Ein kleiner Funke, ein regionaler Streit zwischen ethnischen Gruppen, eine Provokation an der Grenze, ein Streit um Land kann zu einem Lauffeuer der Gewalt führen.

Demobilisierung und Entwaffnung

Zwei Kommissionen sollen laut Friedensvertrag den Prozess der Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration (Demobilisation, Disarmament, Reintegration, DDR) der Truppen umsetzen. Die DDR-Commission North und die DDR-Commission South arbeiten, wie uns die Leiter beider Kommissionen versicherten, eng zusammen. Insgesamt soll jede der Kommissionen 90.000 ehemalige Kämpfer/Innen bzw. mit ihnen assoziierte Personen entwaffnen. Sulaf Mohamed, der Leiter der DDR-Kommission Nord präsentiert uns die Zahlen für den Norden. Von 90.000 wurden gerade mal 14.000 entwaffnet. Die restlichen 76.000 seien für die nächsten drei Jahre geplant – illusorisch, wenn man sich vor Augen führt, dass allein die Implementierung der Kommissionen länger als drei Jahre gebraucht hat. Für die Reintegration seien die DDR-Kommissionen nicht zuständig, sie lieferten lediglich die Namen, die Programme zur Reintegration würden von verschiedenen Organisationen durchgeführt wie z. B. in Juba von der GTZ.

Scharfe Kritik üben der Leiter der südsudanesischen DDR-Commission William Deng Deng und sein Berater, der vom Auswärtigen Amt finanzierte deutsche Wolf-Christian Paes vom Bonn International Centre for Conversion (BICC). Die internationale Gemeinschaft habe bereits im Jahr 2006 die Weichen für die heutigen Probleme gestellt. Kurz nach Abschluss des Friedensabkommens gab es ein Zeitfenster (window of opportunity), in dem die Bereitschaft der ehemaligen Milizen zur Entwaffnung verhältnismäßig groß gewesen sei. Das damalige Programm war auf Kämpfer aus dem Busch ausgerichtet und hätte eine Einmalzahlung von rund 460 US\$, Lebensmittel für 5 Personen sowie Decken, ein Radio, einen Eimer und

andere Gegenstände umfasst. Für völlig verarmte Kämpfer aus dem Busch nicht unattraktiv. Weil das Programm damals auch wegen mangelndem Engagement der internationalen Akteure nicht implementiert wurde, integrierte die SPLM 2006, um überhaupt etwas zu tun, die Milizen in die SPLA – mit dem Ergebnis, dass sie bis heute auf der staatlichen Gehaltsliste stünden, dementsprechend keine Bereitschaft zur Reintegration in die Zivilgesellschaft, also eine ungewisse ökonomische Zukunft hätten, somit aber wichtige finanzielle Ressourcen, zum Beispiel für lokale wirtschaftliche Entwicklung und Reintegrationsmaßnahmen, blockierten. Die SPLA umfasse heute 250.000 – 300.000 Angehörige, die überwiegend ohne eine spezialisierte Ausbildung in der Armee, bei Polizei und Feuerwehr oder als Wildhüter arbeiteten. Zwischen 60 und 85% des staatlichen Budgets fließen in Gehälter der Staatsangehörigen, zu denen auch die gut bezahlten Regierungsangehörigen zählen.

Hinzu käme laut Deng Deng ein Problem, welches von der für den DDR-Prozess zuständigen UNDP, der SPLM und der NCP bislang ausgeblendet würde: die Zukunft der fast 40.000 Soldaten der Joint Integrated Units (JIU), gemeinsame Nord-Süd-Einheiten, die nach Unterzeichnung des CPA die Truppen der jeweiligen Armeen im Grenzgebiet ablösen sollten. Große Teile dieser Truppen gehörten Milizen an, die sich dem Süden zugehörig fühlen, deren Loyalität zur SPLM jedoch nicht sonderlich ausgeprägt ist. Was solle mit Ihnen passieren, wenn das CPA ausgelaufen ist und die Sezession des Südens real wird? Weitere Milizen in die SPLA aufzunehmen käme für die SPLM nicht in Frage. Gleichzeitig müsse ein Weg gefunden werden, diesen Milizen eine Perspektive zu bieten, politisch wie wirtschaftlich, da ansonsten zu befürchten sei, dass sie sich gegen die SPLM richten würden und so einen Bürgerkrieg im Süden auslösen oder zumindest befördern könnten.

Die UNDP habe dazu bislang keinerlei Ideen entwickelt. Die internationale Staatengemeinschaft hingegen gäbe sich damit zufrieden, Gelder bereitzustellen, interessiere sich aber laut Aussage von Paes und Deng offenbar wenig für deren Verwendung. Für die DDR-Commission Süd ist klar, dass sich hier radikal und schnell etwas ändern müsse, da ansonsten ein weiteres Mal ein window of opportunity verpasst würde – mit möglichen fatalen Folgen. Zudem wurde in unserem Gespräch eine Umstrukturierung innerhalb der verschiedenen UN-Organisationen dringend angemahnt. Der bisherige Weg: Geber zahlen Pflichtbeiträge in den gemeinsamen Pool bei der UN – diese leitet Gelder und Verantwortung an UNMIS weiter – die wieder an UNDP – die an die GTZ. Paes bezeichnete diesen Vorgang als »Unverantwortungsspirale«, da keine der Institutionen sich wirklich verantwortlich für die Umsetzung fühle und das Personal zudem nicht ausreichend qualifiziert sei. Seiner Auffassung nach müsse der Verfahrensweg dringend abgekürzt und kompetenteres Personal eingesetzt werden.

Nach unserer Rückkehr fragen wir im Außenministerium nach. Es wird uns mitgeteilt, dass man sich des Problems bewußt sei und es bereits erste personelle Konsequenzen gegeben hätte.

Reintegration

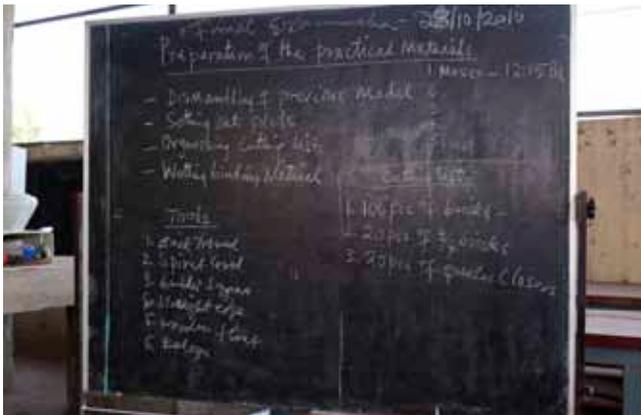
Das R in der DDR-Commission, also die Reintegration ehemaliger Kämpfer, wird nicht von den DDR-Kommissionen selbst betreut und wird nicht aus Pflicht- sondern freiwilligen Beitragszahlungen finanziert. Für die Durchführung ist z.B. in Juba die GTZ (jetzt GIZ) zuständig. Schon die Entwaffnung ist eine Mammutaufgabe, doch wo sollen die ehemaligen danach Kämpfer hin? Die sudanesische Ökonomie bietet kaum Arbeitsplätze und der Weg in die Selbständigkeit ist, insbesondere im infrastrukturschwachen Süden, schwierig.

Kurz vor Ende des CPA wurde der erste Reintegrationskurs abgeschlossen, insgesamt 704 Menschen haben ihn absolviert. Viel zu wenig, wenn man sich vor Augen führt, dass das Programm eigentlich schon 2006 hätte implementiert werden müssen. Viel zu wenig auch vor dem Hintergrund, dass die Zukunft des Programms ungewiss ist und durchaus die Möglichkeit besteht, dass es nach dem Ende des CPA im Juli 2011 nicht weitergeführt wird. Auch zeigt sich, dass ein solches Reintegrationsprogramm erst dann zu einer nachhaltigen Lebensperspektive für die Menschen wird, wenn sie mit ihrer Qualifikation auch Arbeit finden. Doch im Bereich der ökonomischen Entwicklung ist im Südsudan in den letzten Jahren fast nichts passiert.

Die Abschlussfeier des GTZ-Reintegrationsprojekts

Wir hatten während unseres Aufenthalts in Juba die Gelegenheit an der Abschlussfeier der ersten Absolventinnen und Absolventen des Reintegrationsprogramms teilzunehmen. In dem Trainingszentrum am Rand von Juba wurden in einem dreimonatigen Kurs, Frauen, Männer und Jugendliche in verschiedenen Berufen ausgebildet bzw. angelernt: Tischler, Klemptnerinnen, Maurerinnen, Elektrikerinnen, Kleingewerbe. Computerkurse konnten alle belegen, die lesen und schreiben können – was nicht viele sind. Die Abschiedsfeier findet auf der Wiese zwischen den Unterrichtsgebäuden statt. Für die Ehrengäste, Vertreter der SPLM und internationalen Organisationen, ist ein Schattendach aus bunten Tüchern und mehrere Stuhlreihen gebaut worden. Seitlich davon ein Rednerpult von dem AbsolventInnen und Würdenträger kurze Reden halten. Ihnen gegenüber sitzen die Absolventinnen. Es gibt kleine Gesangseinlagen und zum Abschied werden die »starter kits« an die Absolventinnen und Absolventen verteilt, eine große Plastiktüte mit einer Auswahl an nützlichen Gegenständen und Arbeitsutensilien.

So ausgestattet werden sie in eine unsichere Zukunft entlassen, denn ein regulärer Arbeitsmarkt existiert nicht. Die deutsche GTZ-Mitarbeiterin bietet uns an, einen der Absolventen, der bereits ein »small business« betreibt, zu besuchen. Wir fahren mit zwei Jeeps in einen Stadtteil von Juba, in dem es nur Lehmhütten gibt. In einer schmalen Gasse steigen wir aus. Vor uns steht das »small business« von Paul Pita Moga. Es ist ein aus Brettern zusammengezimmerter Verkaufsstand, auf dem sich neben Getreide, Zucker und Maismehl kleine Tüten mit für uns nicht erkennbarem Inhalt türmen. Die deutsche GTZ-Mitarbeiterin begrüßt Paul mit der Stimmlage



Der Unterricht findet auf englisch statt - in der Werkshalle, wo Frauen und Männer in Handwerksberufen geschult werden



Die ersten AbsolventInnen des Reintegrationsprojektes bei der offiziellen Abschlussfeier

einer Kindergärtnerin, die zu einem schwerhörigen 4-jährigen spricht und erklärt dem perplexen Paul, wie stolz sie auf ihn sei und dass wir gekommen seien, um uns sein tolles Geschäft anzusehen und ihm zu seinem Erfolg zu gratulieren. Eine peinliche Situation. Paul Pita Moga ist es gelungen, einen Teil der an die Auszubildenden ausgezahlten Lebenskostenpauschale von 100 Sudanesischen Pfund für 15 Tage schon während der Ausbildung zu sparen und damit seinen kleinen Laden aufzumachen. Seine Kinder sollen zur Schule gehen, antwortet er auf die Frage der GTZ-Mitarbeiterin, was er mit seinem Gewinn machen wolle. Paul hat 12 Kinder, verdienen tut er etwa 300 sudanesischen Pfund im Monat, etwas über 90 €. Nicht viel für einen 12-fachen Familienvater mit zwei Ehefrauen. Paul ist scheinbar der Vorzeige-Reintegrierte, ein Portrait über ihn und seinen Erfolg ist sogar in der von UNMIS herausgegebenen Monatszeitschrift »In Sudan«, die in den UN-Flugzeugen ausliegt, zu finden. Ob anderen der Einstieg in das zivile Leben und ein eigenständiges Einkommen ebenso gelingt, ist nicht abzusehen. Der Projekt-Koordinator des GTZ-Trainingszentrums Jean-Christoph Goussaud zeigte sich skeptisch, will aber

auch nach Abschluss der Ausbildung für die AbsolventInnen ansprechbar sein und sie weiter unterstützen. Er berichtete uns, dass es ihm immerhin gelungen sei, für einen Teil der Absolventen eine kurzfristige Beschäftigung zu finden.

Wirksame zivile Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktbearbeitung

Zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung in einem Umfeld, das von alltäglicher Gewalt auf allen gesellschaftlichen Ebenen geprägt ist, ist schwierig – schnelle Erfolge gibt es nur wenig, die Transformation einer militarisierten Gesellschaft ist eine langfristige Aufgabe. Dennoch gibt es eine Vielzahl von sudanesischen und internationalen Organisationen, die sich dafür einsetzen, gewaltfreie Formen der Konfliktprävention und -bewältigung als Alternative zu Gewalt zu etablieren. Es existieren heute zahlreiche Projekte der gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung, von Workshops und Trainings über Theater- und andere Kunst- und Kulturprojekte bis zur gewaltfreien Intervention bei eskalierenden Konflikten. Die Organisationen arbeiten unter höchst schwierigen Bedingungen. So hat ein Mitarbeiter des Zivilen Friedensdienstes fünf Jahre in einem kleinen Dorf in den Nuba Bergen ohne Strom und Kommunikation nach außen gelebt und dort über die Jahre Vertrauen zu der Dorfgemeinschaft aufgebaut, die wesentliche Voraussetzung für jegliche Arbeit. Nach und nach konnte er durch Gespräche mit den Dorfautoritäten und den verschiedenen ethnischen Gruppen dazu beitragen, dass gewaltfreie Konzepte der Konfliktbearbeitung entwickelt und eskalierende Konflikte gelöst wurden, bevor sie gewalttätig wurden.

In vielen Gemeinden existieren Konflikte seit langem: zwischen unterschiedlichen und innerhalb von ethnischen Gruppen, um Land, Vieh und existentielle Ressourcen wie Wasser, um Macht und Einfluss in der Gemeinde. Der Krieg hat traditionelle Konfliktlösungsmechanismen (z.B. die Einigung auf der Ebene der Dorfältesten oder Verhandlungen über gemeinsame Landnutzung) weitgehend zerstört. Hier setzen viele der Organisationen an. Sie versuchen (ehemals) bestehende gewaltfreie Konfliktlösungsmechanismen zu reanimieren, diese weiterzuentwickeln und ihre Implementierung im staatlichen Gemeinwesen zu unterstützen. Einige dieser Organisationen haben wir getroffen. In den Gesprächen wurde uns klar, dass die Situation im Südsudan viel dramatischer ist, als wir vermutet hatten. Wir hören von weit verbreitetem Alkoholisismus unter den Männern, von exzessiver Gewalt bis hin zu Mord aus nichtigen Anlässen, vom Vergiften des »Nachbarn« als weit verbreiteter Praxis, von Frauen- und Kinderraub zwischen verfeindeten Dorfgemeinschaften und vielem mehr.

Die Sudanese Organisation on Non Violence and Development (SONAD)

SONAD ist eine der wenigen sudanesischen Organisationen, die im Norden und im Süden des Landes aktiv ist und in der Nord- und SüdsudaneseInnen zusammen arbeiten. Gegründet wurde SONAD mitten im Bürgerkrieg 1996. James Seme, den wir in Juba treffen, beschrieb uns den Schwerpunkt der Arbeit von SONAD so: Gewaltfreiheit ist der Fokus. Entsprechend sind alle Workshops und die Trainings-



SONAD macht Friedensarbeit im Norden und Süden des Landes

programme, die SONAD durchführt, auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung bzw. Krisenprävention ausgerichtet. Es ginge SONAD aber nicht darum, von außen in bestehende Konflikte einzugreifen, also um Friedenserhalt (peace keeping) durch Intervention, sondern um Friedensbildung (peace building) und Prävention. Während die Organisation zu Beginn ihrer Arbeit fast ausschließlich mit Vertriebenen in Flüchtlingscamps gearbeitet hat, ist sie mittlerweile in vielen Gemeinden im Norden wie im Süden des Landes aktiv. Den Schwerpunkt der Arbeit von SONAD bilden Friedenstraining und Workshops zu Konflikttransformation, Alternative-zu-Gewalt-Projekten und gewaltfreie Kommunikation. SONAD lädt Vertreterinnen und Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu Trainings ein, um diese zu befähigen, in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld für gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu werben und selbst Lösungsstrategien zu entwickeln. Die Arbeit von SONAD bewegt sich auf dem Grassroots-Level in verschiedenen Landesteilen, das Konzept basiert auf dem Prinzip der Multiplikatoren und es geht auf. Mittlerweile ist die Arbeit von SONAD in vielen, auch abgeschiedenen Regionen bekannt und Gemeinden bitten SONAD bei sich anbahnenden oder eskalierenden Konflikten um Unterstützung.

SONAD hatte vor dem Referendum eine umfangreiche Liste mit Maßnahmen und Vorschlägen erstellt, die zu einem friedlichen Verlauf des Referendums und der Zeit danach beitragen könnten. Sie beinhaltet die Aufforderung an alle Sudanesischen und Sudanesen, das CPA zu achten, das Referendum und dessen Durchführung zu unterstützen, das Ergebnis zu respektieren und im Falle einer Abtrennung des Südens, freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Landesteilen zu pflegen. Allem voran forderten die UnterzeichnerInnen Gewaltverzicht und ein Ende der verbalen Provokation und das weitere Streuen von Gerüchten. Das Treffen, an dem über 100 Personen aus den verschiedenen Landesteilen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen teilnahmen, wurde von der EU mitfinanziert. SONAD erhielt zum Zeitpunkt unserer Reise finanzielle Unterstützung durch den ded. SONAD kooperiert mit lokalen NGOs und fragt bei Bedarf auch Unterstützung von anderen NGOs an. So hat SONAD auch Non Violent Peace Force um Unterstützung gebeten.

Non Violent Peace Force

Die Organisation Non Violent Peace Force mit Hauptsitz in Brüssel hat langjährige Erfahrung im Peacekeeping, Friedenserhalt. Hauptaufgabe von NP ist der Schutz von gefährdeten FriedensaktivistInnen durch Präsenz und die Begleitung von Friedensprozessen auf der lokalen, zivilgesellschaftlichen Ebene. NP geht sozusagen dahin, wo es weh tut. Während sich SONAD auf die Phase vor der Eskalation von Konflikten, auf Friedensbildung und Konfliktprävention, konzentriert, liegt der Schwerpunkt von NP auf dem Friedenserhalt im konkreten Konfliktfall, also dann, wenn ein Konflikt eskaliert ist oder unmittelbar zu eskalieren droht. Die beiden Frauen, die das Büro in Juba leiten, Tiffany Easthom und Anna Stein, berichten uns, dass NP seit dem Frühsommer im Sudan tätig ist. SONAD hatte sich an NP gewandt, als in der unterentwickelten Region Western Equatoria die Gewalt zwischen Viehzüchtern und ansässiger Bevölkerung über die saisonal auftretenden Konflikte hinaus massiv zunahm. NP kam, analysierte die Situation vor Ort und stellte eine neue Gewaltdimension in dem bestehenden Konflikt zwischen den Ackerbau betreibenden Mundri und den nomadischen Viehhaltern der Mundari fest. Zwei Monate nachdem NP in den Sudan kam, gelang es, Vertreter der Mundri und der Mundari an einen Tisch zu bringen. Nach langer Diskussion einigten sich die beiden Gruppen und traten gemeinsam vor ihre Dorfgemeinschaften, um für eine friedliche Koexistenz zu werben. Auf unsere Frage, wie es denn zwei jungen, blonden Frauen gelingen könne in einer patriarchalischen Gesellschaft Gehör zu finden, lachten beide. Sie erklärten uns, dass sie selbst keine Missionen vor Ort durchführen, sondern diese lediglich von Juba aus koordinieren. Die lokalen Mitarbeiter von NP seien ausschliesslich Männer, meist aus Kenia oder anderen Ländern der Subsahara. Sie müssen eine Ausbildung bei NP durchlaufen, die neben Kommunikationstechniken auch ein so genanntes Stresstraining beinhaltet, in dem die Trainees auch mit Gewalt konfrontiert und auf ihren Umgang damit getestet werden. NP, so erklärten uns die beiden Mitarbeiterinnen, ist eine Organisation, die ihre Projekte ausschliesslich durch Spendengelder finanziert. Dabei ist NP keine kostenintensive Organisation mit enormem Verwaltungsapparat. Die Gelder fließen zum großen Teil in die Gehälter der Mitarbeiterinnen. Derzeit arbeitet NP mit insgesamt 20 Mitarbeitern im Sudan. Wenn die Finanzierung weiterhin gewährleistet werden kann, wird NP im Sudan bleiben und sich verstärkt um die Ausbildung sudanesischer Mitarbeiter kümmern.

Reise nach Yei

Wichtiges Ziel unserer Reise war ein Besuch der sudanesischen Organisation Reconcile. Reconcile hat ihren Sitz in Yei, der drittgrößten Stadt im Südsudan. Yei liegt nur 180 km von Juba entfernt, unweit der Grenzen zur DR Kongo und Uganda. Eine Reise dorthin kann jedoch je nach Wetterlage und Zustand der Lehmstraße 5-8 Stunden dauern.

Wie vom Botschaftsvertreter angemahnt, reisten wir nicht mit einem, sondern zwei Fahrzeugen. Einer davon ein normaler Mietwagen, der andere ein Fahrzeug von Reconcile, ausgestattet mit Funk, so dass im Falle eines Zwischenfalls, sei es eine

Panne oder sonstiges, Hilfe gerufen werden kann. Schon wenige Kilometer außerhalb Jubas gibt es nichts mehr. Langsam ändert sich die Landschaft – es wird grüner und weniger staubig, die Straße ist uneben, aber gut befahrbar. Als wir gerade beginnen, uns über den guten Zustand der Straße zu freuen, wird es holprig. Es erwartet uns eine Fahrt im Schrittempo durch teils einen Meter tiefe Krater, die der Regen und die LKWs in die Straße gefressen haben – nichts für Menschen, die unter Seekrankheit leiden. Es geht vorbei an leicht bewaldeten Hügeln, Buschlandschaft und einigen Ansammlungen von Hütten. Zwischen den kleinen Siedlungen sehen wir weder Menschen noch Wege, die von der Straße abzweigen. Wir begreifen, was mit den Berichten über die nicht existierende Infrastruktur im Südsudan gemeint ist. Denn links und rechts der Straße soll es Dörfer geben, manche ganz in der Nähe, andere weiter entfernt. Dorthin gibt es keine Straßen, die Menschen müssen sich zu Fuß durch den Busch schlagen. An einigen Ansammlungen von Hütten und kleinen Verkaufständen am Rande der Straße sind Kontrollposten eingerichtet. Man erkennt sie an einem aus Blech zusammen gehauenen Unterstand, in dem ein bis zwei SPLA-Soldaten in zerschissenen Uniformen sitzen, in der Hand ein Seil, das auf der anderen Straßenseite an einem Pfosten befestigt ist. Bei Bedarf wird das Seil hochgezogen und so zu einer Straßensperre gespannt. Wir fahren jeweils langsam an die Posten heran, angehalten werden wir nicht einmal. Der Fahrer von Reconcile erzählt uns, dass die Wagen der UN und von NGOs meist nicht gestoppt werden. An Sonntagen könne es jedoch unangenehm werden – dann seien die Soldaten betrunken und aggressiv und wollten einfach ihre Macht demonstrieren. Für Weiße aus dem Ausland könne dies unangenehm, aber selten gefährlich werden. Für die Bevölkerung seien diese betrunkenen Soldaten jedoch eine ständige Bedrohung, denn sie schikanieren die Menschen und setzen auch ihre Waffen ein – ohne eine Bestrafung fürchten zu müssen. Nach etwa zwei Stunden Fahrt müssen wir anhalten. Die Straße ist gesperrt – Minenräumung. Noch immer liegen in weiten Teilen des Südsudan Minen verstreut, teilweise bereits seit über 20 Jahren. Nach und nach durchkämmt die UN das Gelände rechts und links der Straße mit Minensuchgeräten. Bei Minenräumungen wird die Straße für 45 Minuten bis zu einer Stunde gesperrt, dann werden die Arbeiten für eine Weile gestoppt, die Straße geöffnet, damit die Autos weiterfahren können, und später wieder gesperrt. Sobald eine Straße gesperrt wird, kommen Frauen und Männer aus der Umgebung und bieten gekochte Yamswurzeln und in mit Wasser gefüllten Eimern gekühlte Softdrinks zum Verkauf. Nach einer guten dreiviertel Stunde können wir weiterfahren – die Straße wird immer besser, sie wirkt frisch planiert, ist weitgehend eben und unsere Fahrer geben Gas. Wir erfahren, dass die Straße von Juba nach Yei die Hauptversorgungsstraße aus Uganda ist. Sämtliche Güter, die es in Juba und weiten Teilen des Südens zu kaufen gibt, werden aus Uganda importiert: Obst, Gemüse, Wasser, Elektrogeräte, Zigaretten, Baumaterial, eigentlich alles. Landwirtschaftliche Produkte, die im Süden angebaut werden, dienen fast ausschließlich der Selbstversorgung, es fehlt schlicht die Infrastruktur, um die landwirtschaftlichen Produkte zu den potentiellen Abnehmern zu transportieren. Zudem verfügen die meisten



Die ungeteerte Straße von Juba nach ist die Hauptversorgungsstrecke – fast alles, Lebensmittel, Baumaterial etc. wird aus Uganda ins Land gebracht.

Noch immer gefährden tausende Minen das Leben der Bevölkerung und machen die landwirtschaftliche Nutzung bis heute unmöglich.

Bauern gerade über soviel Land, um sich selbst zu ernähren. Für uns ist es kaum begreiflich, dass eine so wichtige Strasse bis heute nicht asphaltiert ist. Jedes Jahr während der Regenzeit versinkt die Strasse im Schlamm. Ein Durchkommen und damit die Versorgung allein von Juba ist dann zum Teil für Wochen unmöglich. Offensichtlich soll sich dies bald ändern. Weite Teile der Strasse sind nun gut planiert, bis Ende Dezember soll die ganze Strecke ohne Schlaglöcher und gut befahrbar sein. Ob diese Strasse demnächst auch asphaltiert wird ist fraglich, denn es fehlt am Geld. Das südsudanesische Budget für Infrastruktur wird zum großen Teil für die Reparatur der durch den Regen zerstörten Lehm-pisten und für Asphaltierungen in Juba ausgegeben. Der Großteil des Südens und damit der Großteil der Bevölkerung wird wohl auf absehbare Zeit ohne Strassen bleiben.

Nach gut viereinhalb Stunden Fahrt kommen wir in Yei an. Rund um Yei gibt es Teak-Wälder – unserer Fahrer kennt den englischen Namen nicht, aber es sei »das Holz, aus dem die Gewehrkolben gemacht werden«. Die Stadt besteht aus einer Ansammlung von Lehmhütten, die von einigen kaum befahrbaren Lehm-pisten durchzogen ist. Dominiert wird das Bild von zwei riesigen Kirchen, die etwas höher gelegen auf die Lehmhütten herunterschauen.

Etwas außerhalb des »Stadtkerns« von Yei liegt das großzügige, mit üppigem Gras bewachsene Gelände von Reconcile. Überhaupt ist die Region um Yei sehr grün und gehört zu den fruchtbarsten des Landes. Auf dem Gelände von Reconcile empfängt uns David, ein Mitarbeiter der NGO, deren Schwerpunkt die Versöhnungsarbeit und



Auch in Yeï tummeln sich eine Vielzahl von NGO's

der People-To-People-Dialog ist. Ein Mittagessen ist bereits für uns vorbereitet – das erste sudanesishe Essen, seit wir im Sudan sind. Nach dem Essen sitzen wir mit David draußen im Schatten. Er berichtet uns von der Arbeit bei Reconcile und seiner Geschichte. David sieht aus wie Anfang zwanzig, muss aber weit älter sein. Er ist als etwa 18-jähriger während des Bürgerkriegs geflohen. Zu Fuss hat er sich monatelang durch den Busch geschlagen, erst nach Uganda, dann nach DR Kongo und weiter nach Kenia, bis er schließlich in Zambia in einem Flüchtlingslager bleiben kann. Dort lebt er mehrere Jahre, geht zur Schule und später auf die Universität. Nach dem Ende des Bürgerkriegs kehrt er zurück nach Yeï. Er nimmt an einem der Trainings von Reconcile teil und wird selbst zum Trainer. Er gehört heute zum festen Personal von Reconcile. David ist einer der wenigen Menschen, die wir im Sudan treffen, der so etwas wie Lebensfreude ausstrahlt. Er lacht viel und wirkt weniger ernst als die meisten, denen wir begegnen. Seine Geschichte erinnert an die von Valentino Achak Deng, dessen Biografie der Autor Dave Eggers in dem Roman »What is the what«, verarbeitet hat. Es erzählt die Geschichte der sudanesischen Flüchtlinge und ihrer jahrelangen Odysee von Flüchtlingslager zu Flüchtlingslager.

Später unterhalten wir uns lange mit der Leiterin von Reconcile, Milcah Lalam. Auch sie kommt aus Yeï und ist während des Bürgerkriegs ins Ausland geflohen. Gerade kommt sie zurück von einem Treffen zwischen zwei ehemals verfeindeten benachbarten Dorfgemeinschaften. Reconcile wurde von den Frauen des einen Dorfes nach einem Überfall von ungewöhnlichem Gewaltausmaß um Hilfe gebeten, 93 Frauen und Kinder waren bei diesem Überfall getötet worden. Seit Jahrzehnten hatten die Dorfgemeinschaften in Feindschaft neben einander gelebt. Immer wieder war es zu Angriffen gekommen, wurden Vieh, Kinder und Frauen (!!!) gestohlen. Mit Hilfe von Reconcile gelang es in einem über ein Jahr dauernden Prozess, die Frauen beider Dörfer zusammen zu bringen und sich am Ende zu versöhnen. Milcah erzählt uns eine Menge Geschichten von Gewalt. Selbst die Kinder kennen nur Gewalt. Erst vor kurzem gingen 8-jähriger Schüler mit Steinen auf ihren Schuldirektor los, weil er sich mehr in der Kneipe als in der Schule aufhielt. Auch



Milcah Lalam berichtet uns von allgegenwärtiger Gewalt und der Versöhnungsarbeit von Reconcile

ein Sportwettbewerb endete in Gewalt. Die Siegermannschaft bekam als einzige einen Pokal überreicht, worauf hin die zweitbeste Mannschaft auf die Siegermannschaft losging und den Pokal klaubte. Im nächsten Jahr wollte man es besser machen, jede Mannschaft sollte eine Urkunde bekommen. Wieder kam es zu einer Schlägerei, diesmal, weil der Name einer Schule falsch geschrieben war, worauf hin die Schüler auf den Sportlehrer und die anderen Kinder losgingen.

Reconcile wird immer häufiger gebeten, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln. Neben der Vermittlung in konkreten Konflikten bietet Reconcile Schulungen an, in denen Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen Fähigkeiten gewaltfreier, dialogorientierter Konfliktbearbeitung vermittelt werden. Mittlerweile ist Reconcile in weiten Teilen des Südsudan bekannt und könnte, so die Leiterin des Projekts, das 10-fache an Schulungen und Beratung machen, wenn sie die Kapazitäten, finanzielle, materielle und personelle, dafür hätten. So mangelt es der Organisation schon an Fahrzeugen. Drei Jeeps stehen auf dem Gelände, sie wurden auch mit deutschen Geldern angeschafft. Nur leider fehlt das Geld für die Reparatur, so dass von den drei Jeeps seit Wochen nur einer überhaupt fahren kann.

CAPOR (Capacity Building for Post Conflict Reintegration Project)

Die Organisation CAPOR hat ihren Sitz in Yei, arbeitet aber im gesamten Südsudan. Den Leiter von Capor in Yei, Tombek John James, treffen wir auf einem Gelände, auf dem mehrere NGOs in Baracken ähnlichen Steinhäusern untergebracht sind. Die Jugendorganisation mache Projekte, in denen Jugendliche gemeinsam Theaterstücke zu kritischen Themen entwickeln und in den Dörfern aufführen. In den Stücken ginge es um Gesundheitsfragen, vor allem um HIV/Aids, um Alkoholismus und häusliche Gewalt. Seit dem Sommer 2010 konzentrierte sich die Arbeit von Capor vor allem auf das Referendum. Auch würde jungen Künstlern die Möglichkeit gegeben, wichtige Themen in Bildern auszudrücken, die dann als Poster gedruckt in den Dörfern ausgehängt werden.



»Die meisten Menschen hier können nicht lesen. Deshalb malen wir und spielen Theater«, sagt Tombek John von CAPOR

Tombek erklärt uns, dass die Arbeit von Capor nach dem Schneeballsystem funktioniere. Ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Theater-Workshops würden später selber Theatergruppen gründen. Auf diese Weise gäbe es mittlerweile über 60 Theatergruppen im Südsudan. Die Arbeit von Capor kommt so gut an, dass mittlerweile Gemeinden die Organisation um Hilfe bei der Aufklärung über bestimmte Probleme bitten und Plakate sowie Theaterstücke bei Capor »in Auftrag« geben. Tombek schenkt uns zum Abschied einige Plakate, die Capor gemacht hat.

Der Zivile Friedensdienst

Sabin Calin, Leiter des Zivilen Friedensdienstes im Sudan, berichtet uns bei einem gemeinsamen Mittagessen von dem durch den ded finanzierten Projekt im Sudan. Neben der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern wie SONAD arbeite der ZFD eng mit dem Ministry of Peace Implementation zusammen. Die 4 lokalen Mitarbeiter sind überwiegend in abgelegenen Regionen tätig, wo sie die lokale Bevölkerung dabei unterstützen, gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln. Zu diesen gehören u.a. die »water-coffee-peace-meetings«. Hier kommen Frauen rivalisierender Gruppen zusammen und beraten darüber, wie sie die wenigen verfügbaren Ressourcen wie Wasser und Land miteinander teilen können. Gerade die Landfrage führe laut Sabin häufig zu Konflikten, da es keine geregelte Landverteilung gibt und die Besitzverhältnisse somit immer Verhandlungssache seien – oftmals gewaltförmig ausgetragen. Sabin erklärt uns, dass dem ZFD neben der Arbeit »vor Ort« auch eine Vermittlerrolle zukomme. Durch den regelmäßigen Austausch mit dem Ministry for Peace Implementation sei es dem ZFD gelungen, eine Sensibilität für die Probleme in der Peripherie herzustellen, die langsam auch auf institutioneller Ebene Früchte trägt. Dass die langjährige Arbeit erfolgreich ist, zeige sich an einer deutlichen Reduzierung von gewalttätigen Vorfällen in den Gemeinden, in denen der ZFD aktiv ist. Allerdings, so schien es dem Leiter des Projekts, würden diese Erfolge nicht ausreichend gewürdigt. Der ded werde den Zivilen Friedensdienst im Sudan zum Ende des Jahres einstellen.

Mittelkürzungen und Probleme bei der Personalrekrutierung hätten beim ded zu einer Abwägung zwischen den verhältnismäßig hohen Kosten für das Projekt und den erzielten Erfolgen geführt. Eine Fehlbeurteilung, findet Sabin, die sich zu stark an messbaren Kriterien orientiere, die, anders als etwa beim Straßenbau, gerade im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung nicht angelegt werden könnten.

Der 9. November ist der letzte Tag unserer Reise. Wir verbringen ihn gemeinsam mit der anderen Delegation, die gerade von einer eintägigen Reise nach Darfur zurück gekehrt ist. Gemeinsam besuchen wir UNIRED (United Nation Integrated Referendum and Electoral Division), sprechen mit Vertretern der Nationalversammlung der NCP und mit Dr. Asha ElKarib (SORD) – siehe Reisebericht von Christine Buchholz und Niema Movassat.

Nach einem Empfang in der Residenz des deutschen Botschafters Rainer Eberle am Abend fahren wir zum Flughafen. Wir verlassen den Sudan mit gemischten Gefühlen.

Noch wissen wir nicht, dass das Referendum entgegen allen Befürchtungen tatsächlich wie geplant und weitgehend friedlich durchgeführt wird. Wir wissen noch nicht, wie eindeutig das Ergebnis ausfallen wird und dass Präsident Bashir es anerkennen wird. Wir wissen noch nichts davon, dass das Referendum für Abyei abgesagt wird und dort schon bald erneute Kämpfe ausbrechen werden. Auch wissen wir noch nichts von den Gewaltausbrüchen im Südsudan kurz nach dem Referendum. Neben den großen Hoffnungen, die im Süden in die Unabhängigkeit gesetzt werden nehmen wir die Ängste vor der allgegenwärtigen Gewalt und einem möglichen neuen Krieg mit nach Hause. Der Sudan hat noch einen langen Weg zum Frieden vor sich.

Reisebericht

Christine Buchholz und Niema Movassat

6. November: Die Ankunft in Khartum

Kurz vor Mitternacht steigen wir in Karthum aus dem Flugzeug. Der Mitarbeiter der Deutschen Botschaft, Heiko Nitzschke, erwartet uns schon am Rollfeld und bringt uns direkt zu einem VIP-Terminal. Die Einreiseformalitäten sind schnell erledigt, auch dank eines sudanesischen Mitarbeiters der Botschaft, der sich darum kümmert, unser Gepäck abzuholen und ins Hotel zu bringen.

Wir fahren durch eine warme Nacht, die sich besonders im Kontrast mit der Novemberkälte in Berlin wohltuend abhebt, in unser Hotel, das Akropol.

7. November: Abstecher nach Darfur

Am frühen Morgen des 7. November treffen wir Norman Peach, der im selben Hotel untergebracht ist. Auf dem Plan für diesen Tag steht ein Besuch in el-Fasher in Darfur. Gemeinsam fahren wir mit dem von der Botschaft gemieteten Wagen zum Flughafen.

Der Ölboom der letzten Jahre zeigt sich in Bautätigkeiten aller Ortschaften. Moderne Hochhäuser, wie der von der libyschen Regierung gestiftete »Gaddafi Tower« wechseln sich mit Altbauten aus der Kolonialzeit und heruntergekommenen Plattenbauten der 70er ab. Wir fahren auf einer mehrspurigen, asphaltierten Hauptstraße, aber der Blick zur Seite zeigt Schotterwege, die wohl den Großteil der Infrastruktur hier ausmachen.

Der Flughafen liegt mitten in der Millionenstadt Khartum – noch, denn es ist ein Flughafenneubau für rund 900 Millionen Euro außerhalb der Stadt geplant. Angesichts des US-Embargos ist eine chinesische Firma mit der Umsetzung beauftragt worden.

Anders als bei unserer Ankunft am Hauptterminal letzte Nacht, führt unser Weg heute zu einem Spezialterminal, das ausschließlich für die UNO reserviert ist. Der Eingang wird von UNMIS-Soldaten bewacht, auf dem Gelände befinden sich provisorische Gebäude. Eines davon ist der mit Ledersesseln und Sofas ausgestattete VIP-Warteraum, in dem wir gemeinsam mit Diplomaten und hochrangigen Offizieren auf unsere UNAMID-Maschine nach Darfur warten. Sudanese gibt es hier keine, im Hintergrund läuft CNN.

Bereits wenige Minuten nach Abflug wird es offensichtlich: Wir befinden uns über der Wüste. Direkt bei Khartum, wo der Blaue und der Weiße Nil zusammenfließen, gibt es noch landwirtschaftliche Nutzflächen, aber hier ist alles nur noch grau-braun, ab und an unterbrochen durch ein Wadi (Flussbett, das nur in der Regenzeit Wasser führt), in dessen Verlauf sich trockene Büsche halten konnten.



Große Teile des Nordsudans und Darfurs müssen monatelang ohne Wasser auskommen.

Nach gut einer Stunde nähern wir uns el-Fasher, dem Verwaltungszentrum der Provinz Nord-Darfur. Der Flughafen ist naturgemäß viel kleiner als der in Khartum, so dass unsere weiß-lackierte UNO-Maschine keine 50 Meter von den russischen Kampfhubschraubern der sudanesischen Luftwaffe zum stehen kommt. Es ist ein merkwürdiges Gefühl, zu sehen, wie diejenigen, die das Mandat zum Schutz der Bevölkerung haben, hier in trauter Nähe zu den Maschinen parken, die bei einem Großteil der Verbrechen in Darfur eingesetzt werden.

Gouverneur beklagt „negative versteckte Agenda“ internationaler Akteure

Auf dem Flughafen werden wir bereits von unserem deutschen »Verbindungsoffizier«, Major Alexander Maul erwartet. Er ist der höchstrangige der drei zu dem Zeitpunkt in Darfur stationierten deutschen Soldaten und wird uns den Tag über begleiten.

Unser Konvoi von drei Fahrzeugen startet seine wilde Fahrt: Vorneweg ein Militär-pickup der UNO mit MG-Lafette und etwa 15 Soldaten hinten drauf, dann folgt der Geländewagen mit Panzerglas, in dem die Abgeordneten sitzen müssen, und am Ende der ungeschützte Geländewagen für die anderen Passagiere. Unser Konvoi braucht sich anscheinend nicht an Verkehrsregeln zu halten, die Fahrer sind bemüht, die Strecke schnell zurückzulegen und verhindern durch aggressives Auffahren, dass der Konvoi geteilt wird. Wir befinden uns offensichtlich in einer Konfliktzone.

Unser erster Anlaufpunkt ist der Gouverneur (Wali) von Nord-Darfur, Osman Mohamed Yousuf Kibir. Er ist Mitglied der Regierungspartei NCP und direkt von Khartum eingesetzt. Von ihm wollen wir hören, wie er, und letztlich die sudanesishe Regierung, die Lage in Darfur einschätzt und welche Konsequenzen sie aus dem Referendum im Süden für sich erwarten.

Nach seiner Darstellung hat sich die Situation in Darfur deutlich gebessert. Bis auf die »kriminellen Aktivitäten« der Rebellen sei die Sicherheitslage wieder akzeptable.

bel. Die internen Flüchtlinge (IDP, internal displaced persons) könnten in ihre Dörfer zurückkehren. Dass sie das nicht tun, hänge hauptsächlich damit zusammen, dass die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern der UNO gut seien und sie nicht mehr auf Elektrizität und Fernseher verzichten mögen. Voraussetzung für die Rücksiedlung der Flüchtlinge seien »strukturelle Verbesserungen in der Fläche«, wofür die Regierung »internationale Hilfe« benötige.

»Verschlechterungen der Sicherheitslage« im Zuge des Referendums im Süden könnten Auswirkungen auf den Konflikt in Darfur haben, zumindest im Grenzgebiet. Aber insgesamt sei die Situation nicht zu vergleichen. Die Darfuris seien gut in der sudanesischen Gesellschaft integriert, anders als die Südsudanesen. Darfur habe das Potential für Entwicklung, Wasser, Land, Bodenschätze und die Menschen. Darauf müsse aufgebaut werden.

Hindernisse für die Entwicklung seien die »Ambitionen lokaler Führer« und eine »negative versteckte Agenda« internationaler Akteure. Als Beispiel nannte der Gouverneur die Instrumentalisierung des Konfliktes in Darfur durch die französische Regierung für Parteinahme im Bürgerkrieg im Nachbarland Tschad.

UNAMID – keine Sicherheit in Darfur

Im Anschluss fahren wir, wieder im Konvoi, zum UN-Gelände. Es handelt sich um ein abgeschirmtes und schwer bewachtes Areal in der Stadt, bestehend aus modular zusammengesetzten Containerhäusern. Dort treffen wir als Erstes den Leiter von UNAMID, Special Joint Representative Professor Ibrahim Gambari.

Er erklärt uns, dass es in Darfur, anders als im Konflikt im Süden, kein umfassendes Friedensabkommen gibt, dass die UN überwachen können. Stattdessen begleiten sie die stattfindenden Verhandlungen zwischen Regierung und Rebellen in Doha. Er sieht die Gespräche auf einem guten Weg, auch wenn sich die wichtigsten Rebellengruppen nicht an den Verhandlungen beteiligen.

Hauptaufgabe der Mission ist der Schutz von Zivilisten. Deswegen hält Herr Gambari die Kosten der teuersten UN-Mission aller Zeiten von jährlich 1,8 Milliarden US-Dollar gerechtfertigt. Außerdem versorgt UNAMID die Flüchtlingslager und bereitet die Rückführung der IDP vor. Ähnlich wie der Wali spricht auch Gambari von einer »verbesserten Sicherheitslage«, auch wenn 2010 wieder mehr Menschen getötet wurden als im Vorjahr. In zunehmendem Maße werden außerdem Hilfsorganisationen und UNAMID selbst Opfer von Entführungen.

Ein wesentliches Hindernis für die Arbeit von UNAMID sind die Kämpfe zwischen Regierung, Rebellen und Milizen, sowie die Verbote der Regierung, kritische Regionen wie das Grenzgebiet im Süden und zum Tschad zu betreten oder Hubschrauber einzusetzen.

Wie auch der Gouverneur äußert Gambari die Befürchtung, dass eine Eskalation des Krieges im Süden destabilisierend auf die Situation in Darfur wirken könnte. Die Rebellen könnten versuchen, von der Schwächung der Regierung zu profitieren.

Anschließend bekommen wir eine Lageeinschätzung durch die Abteilungsleiter von UNAMID, Miguel Martin (Deputy Chief of Staff), General Patrick Nyamvumba (Truppenkommandeur), James Opong-Boanuh (Polizeichef) und anderen. Wir erfahren hier, dass 2010 die Zahl der Opfer von Gewalt von 875 im Jahr 2009 auf aktuell 1865 erheblich gestiegen ist.

Sie kritisieren die sudanesischen Behörden dafür, gegen die Urheber nicht vorzugehen. »Es mangelt am Willen zur Strafverfolgung«. Dessen ungeachtet hat UNAMID 15.000 sudanesischen Polizisten ausgebildet, die nun unter dem Kommando der Regierung stehen.

Die Anwesenheit von UNAMID-Soldaten wird damit begründet, dass das Militär einfach besser bewaffnet ist als die Polizei.

In dem Gespräch wird uns bestätigt, dass die sozialen Ursachen der Gewalt beseitigt und vor allem die Ressourcen Darfurs, hauptsächlich Wasser und Land, gerechter verteilt werden müssen.

»Eines der zentralen Probleme ist der Klimawandel«

Mehr über die soziale und wirtschaftliche Situation erfahren wir im Anschluss bei einem Treffen mit Vertretern von UN OCHA und internationalen Hilfsorganisationen.

Kersten Jauer, ein deutscher UN-Mitarbeiter, erklärt uns: »Eines der zentralen Probleme ist der Klimawandel.« – konkret die Ausdehnung der Sahara und der Sahelzone nach Süden. In den letzten 30 Jahren gab es die 16 trockensten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen 1910. Aktuell gibt es 40 Prozent Ernteausfall wegen Dürre. Wenn die Entwicklung so weitergeht, erwarten die Hilfsorganisationen bis 2050 Ausfälle in der Agrarproduktion um rund 70 Prozent.

Gleichzeitig hat sich die Bevölkerung von 1970 bis 2008 von einer Million auf 7,5 Millionen Menschen fast verachtfacht. 52 Prozent der Bevölkerung ist 16 Jahre alt oder jünger. Die traditionell ländliche Gesellschaft von Ackerbauern und Viehtreibern ist größtenteils aufgelöst, mittlerweile leben rund die Hälfte der Einwohner in Städten oder Flüchtlingslagern.

Die Provinzregierung, die für die soziale Infrastruktur, Wirtschaftsentwicklung und Verwaltung zuständig ist, hat einen Gesamtetat von 300 Millionen US-Dollar pro Jahr – das ist weniger, als UNAMID alleine für Flüge ausgibt.

Mit rund einer Milliarde Dollar pro Jahr an humanitärer Hilfe haben die Hilfsorganisationen die Krise einigermaßen in den Griff bekommen und können Flüchtlinge in zwölf Lagern, die teilweise zu eigenen Städten geworden sind, versorgen.

Die Regierung hätte eigentlich genug Einnahmen aus den Ölexporten, um die soziale Infrastruktur in Darfur selbst zu leisten. Aber sie nutzt das Engagement der Hilfsorganisationen, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Mehr noch, weil die Regierung entscheiden kann, wo die Hilfsorganisationen arbeiten dürfen, gibt es keine Leistungen in Gebieten, die von Rebellen kontrolliert werden. Die Hilfsorganisationen erscheinen dadurch vielen als Partner der Regierung.

Distanz zum Militär ist der beste Schutz

Im Anschluss haben wir die Möglichkeit, in informeller Runde mit deutschen NGO-Mitarbeitern und Soldaten zu sprechen. Hier wurde uns die Enttäuschung mit der UN-Mission unverhüllt vorgetragen.

UNAMID kann nicht für die Sicherheit der Bevölkerung oder der Hilfsorganisationen sorgen. Die Soldaten können nicht einmal für ihre eigene Sicherheit sorgen, sobald sie das Camp verlassen. Statt dessen verlegen sie sich immer mehr darauf, ihre Ressourcen für Entwicklungsprojekte zu nutzen.

Major Maul sieht diese Entwicklung kritisch: »Soldaten sind keine Entwicklungshelfer. Wenn wir unser Mandat, den Schutz der Zivilbevölkerung, nicht wahrnehmen können, sind wir hier überflüssig.«

Der Einsatz des Militärs für zivile Aufgaben wird auch von den Hilfsorganisationen kritisch gesehen. Vor allem auf zwei Probleme werden wir hingewiesen: Die UNO wirbt den lokalen Organisationen die qualifiziertesten Mitarbeiter ab, weil sie deutlich mehr zahlen. Und für die Hilfsorganisationen wird es dadurch immer schwerer, Distanz zum Militär zu wahren.

Distanz zum Militär ist der beste Schutz für die Hilfsorganisationen. Marco Oberländer, lokaler Projektleiter der Welthungerhilfe, erklärt uns: »Wir arbeiten autonom auch in den Rebellenregionen und haben dort die selben Probleme wie in den Gebieten, die die Regierung kontrolliert. Nicht mehr und nicht weniger.«

Aber die Voraussetzung dafür ist Neutralität und Ferne zum Militär. Denn anders als Afghanistan, so Oberländer, sei Darfur zwar nicht besetzt, aber eine wachsende Zahl der Bevölkerung nehme das so wahr – auch wegen der engen Kooperation mit der Zentralregierung.

Die drei deutschen Soldaten in Darfur haben Schreibtischjobs, für die weder speziell Soldaten noch Deutsche erforderlich sind. Einer ist Berater im Stab der Einsatzleitung, einer organisiert Verlegungen der Afrikanischen Soldaten nach Darfur und

wieder zurück und einer ist mit der Planung von Aktivitäten im Feld beschäftigt. Bei über 20.000 Militärs in UNAMID sind die drei Deutschen ein rein symbolischer Beitrag.

Der enge Zeitplan lässt uns leider keine Zeit, diese Gespräche fortzuführen. Wir machen uns auf, um den UNAMID-Flug zurück nach Karthum zu erreichen.

Abends treffen wir uns endlich mit der anderen Hälfte der Reisegesellschaft. Bei einem gemeinsamen Abendessen lauschen wir hauptsächlich den Erfahrungen der ersten Woche.

8./9. November: Khartum

Für den Dienstag haben wir eine Reihe von Gesprächen in Karthum auf dem Plan, die wir per Mietwagen erreichen. Als erstes erhalten wir ein allgemeines Lagebriefing vom deutschen Botschafter Rainer Eberle.

»Wirtschaftlich nicht überlebensfähig«

Noch ist nicht in allen Streitfragen für die Zeit nach dem Referendum Einigkeit erzielt worden. Die Verhandlungen dazu laufen aber unter Leitung des Südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki auf Hochtouren.

Der Botschafter drückt seine Zuversicht aus, dass die Wählerregistrierung und das Referendum trotzdem planmäßig durchgeführt werden kann. Weder die NCP im Norden noch die SPLM im Süden haben ein Interesse an bewaffneten Konflikten und einer Rückkehr zum Bürgerkrieg.

Er bestätigt: Beide Seiten sind von den Öleinnahmen abhängig. Eine Unterbrechung der Ölförderung kann sich vor allem der Süden nicht leisten, der 96 Prozent seines Haushaltes daraus bestreitet und das Geld dringend benötigt, um seine bewaffneten Kräfte ruhig zu halten. Die Ölquellen liegen zwar hauptsächlich im Süden, aber der Norden hat ein »Abnahmemonopol«. Deswegen sind die Konfliktparteien aufeinander angewiesen und zu Kompromissen gezwungen.

Die Abspaltung des Südens stellt ein Risiko für die NCP-Regierung in Karthum dar. Um möglichen Dominoeffekten vorzubeugen, muss, so Eberle, nicht nur der Referendumsprozess selbst möglichst ruhig durchgeführt werden. Es gibt außerdem noch Anstrengungen, Verteilungskonflikte im Osten des Landes über Verhandlungen unter Einbeziehung internationaler Investoren zu lösen.

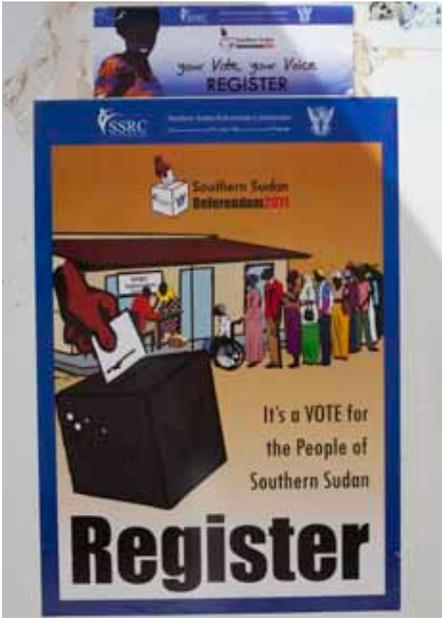
Aber auch für den Süden sieht Herr Eberle keine rosige Perspektive: »Der entstehende Staat ist wirtschaftlich nicht überlebensfähig und auf enge Kooperation und Integration mit seinen Nachbarn ebenso angewiesen wie auf langfristige Hilfe. Die Abhängigkeit vom Norden wird auf lange Sicht durch die Abhängigkeit vom Öl



Khartoum – in dieser Millionen-Metropole liegen Armut und Reichtum eng beieinander.

zementiert, da der Aufbau einer eigenständigen Transportroute deutlich über zehn Jahre dauern würde, selbst wenn sich Geldgeber für die erheblichen notwendigen Investitionen finden ließen.«

Nach dem Gespräch mit dem deutschen Botschafter fahren wir gemeinsam mit den Abgeordneten Kathrin Vogler und Jan van Aken sowie seiner Mitarbeiterin Maria Oshana und unserer Fotografin zum UN-Gelände in Khartoum.



Zu den Aufgaben der UNO im Sudan gehörte die Vorbereitung des Referendums. Hier ein Plakat, das zur Teilnahme aufruft.

Japanische Autos aus japanischen Töpfen

Dort treffen wir uns mit dem Leiter und Mitarbeitern von UNIRED (UN Integrated Referendum and Electoral Division). Der Direktor Denis Kadima versichert uns, dass die Registrierung fristgerecht durchgeführt und das Referendum stattfinden kann. Dies sei vor allem der Arbeit der UNO und der finanziellen Unterstützung der Geberländer zu verdanken.

Die Finanzierung, berichtet uns die Pressesprecherin Debra Lee, sei zweigeteilt. Ein Teil kommt aus einem Topf unter Kontrolle der UNO. Über den anderen Topf bestimmen die Geberländer selbst. So besteht zum Beispiel die japanische Regierung darauf, dass mit ihrem Geld hauptsächlich Fahrzeuge gekauft werden. Nach dem Gespräch achten wir etwas mehr auf die UNO-Fahrzeuge – und, welch Überraschung, alles Mitsubishi oder Toyota.

Khartum preist sich als Stabilitätsfaktor an

Auf dem Weg zu unserem nächsten Treffen machen wir einen Zwischenstopp in einer Fastfood-Pizzeria. Anscheinend erfreut sich diese Form der »internationalen Küche«, Pizza, Pasta und Burger, einer gewissen Beliebtheit in der Khartumer Mittelschicht. Jedenfalls essen hier mehrere Gruppen bunt und modisch gekleideter Jugendlicher, auffällig sind mehrere Gruppen von jungen Frauen in Kopftüchern, die kichernd ihre Cola trinken und Pizza essen.

Im Anschluss geht es zum Parlament, wo wir mit Abgeordneten sprechen. Der Abgeordnete Dr. Attiyat Mustafa (NCP) versichert uns, dass die Regierung das Ergebnis des Referendums akzeptieren und umsetzen werde, egal wie es ausfalle. Er kritisiert aber auch, dass Befürworter der Einheit im Süden nicht frei sprechen können.

Dr. Mustafa Eldau, der als Teil des inneren Führungszirkels des Präsidenten gilt, ergänzt, die Streitfragen hätten vor dem Referendum geklärt werden müssen, damit die Leute wüssten, worüber genau sie abstimmten. Im Falle einer Entscheidung für Einheit, versichert er, gäbe es keine Probleme. Sollte sich der Süden aber abspalten, kämen große wirtschaftliche Probleme auf ihn zu. Er betont dabei die



Junge sudanesische Frauen unterhalten sich im Fastfoodrestaurant.

Frage des Ölexportes, womit er deutlich auf die Abhängigkeit des Südens vom Norden Bezug nimmt.

Dr. Eldau warnt vor jenen im Süden, die keine Kooperation mit dem Norden wollen und damit einen Krieg riskieren, der beiden Seiten nur schaden könne.

Die Regierung im Süden, so Dr. Eldau, bestehe aus Landlords, umgeben von Milizen und »gescheiterten Staaten«. Nur die Regierung in Khartum und die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd könne, versucht er seinem westlichen Publikum die Regierung anzupreisen, die Destabilisierung der gesamten Region verhindern.

Auf unsere Nachfrage bestätigt Dr. Eldau, dass die Südsudanesen, die nach einer Abtrennung des Südens noch im Norden wohnen, als Ausländer betrachtet und behandelt würden. Das betreffe alle politischen und sozialen Rechte.

Samia Hassan Sid Ahmed, die Vorsitzende des Frauenplenums des Parlaments, berichtet uns danach von der Situation der Frauen.

Frauen hätten im Sudan eine lange Tradition, für ihre Rechte zu kämpfen, und das Wahlrecht direkt nach der Unabhängigkeit erhalten. Auch an Schulen und Universitäten sei der Frauenanteil mit 45 Prozent recht hoch. Die Rechte basierten im Sudan auf der Staatsbürgerschaft und nicht auf Geschlecht, Religion oder Ethnie. Die Verfassung garantiere die Gleichstellung.

Allerdings sieht sie auch Probleme. So gäbe es nur neun weibliche Ministerinnen. Hingegen seien Frauen in den besonders anstrengenden und schlechtbezahlten Bereichen überdurchschnittlich stark vertreten. So machten Frauen etwa 75 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und im Gesundheitswesen aus.

Außerdem spricht Frau Ahmed einen Streitpunkt mit der UNO an: Der Missbrauch von Frauen durch UN-Soldaten werde nicht geahndet, im Falle von Schwangerschaften würden die Soldaten abgezogen, bevor ein Vaterschaftstest gemacht werden könne.

Der Kampf um Menschenrechte



Die Aktivistin Dr. Asha Elkhareb berichtet vom Kampf um Demokratie und Frauenrechte im Sudan.

Als nächstes haben wir die Gelegenheit, die Lage der Frauen im Sudan aus einer anderen Perspektive dargestellt zu bekommen. Wir treffen uns mit Dr. Asha Elkhareb von der NGO SORD (Sudanese Organization for Research and Development). Schwerpunkt der Organisation sind Jugend, Frauen und Menschenrechte.

SORD macht Rechtsberatung für Frauen, z.B. Familienrecht. Eine Kampagne, berichtet uns Dr. Elkhareb, richtet sich gegen den Paragraphen 149. Dieser wertet Vergewaltigung als Ehebruch, wodurch die Opfer einer Vergewaltigung strafbar werden. Eine andere Kampagne richte sich gegen Paragraph 152, der eine „angemessene Bekleidung“ vorschreibt. Frauen sind verurteilt worden, weil sie Hosen trugen.

Auch HIV ist ein großes Problem im Sudan. Die offiziellen Statistiken beschönigen das. Nach ihren eigenen Schätzungen sind neun bis 14 Prozent der Menschen infiziert. Im Süden ist das Problem wegen des Krieges, der Soldaten und der Armut besonders groß.

Fragen von Familie und Religion sind häufig verbunden, ohne einen Kampf um die Interpretation der Religion könne es keine Erweiterung des Raumes für Frauen geben, argumentiert Dr. Elkhareb:

»Die Scharia ist nicht an sich das Problem. Aber das sudanesisches Recht ist extrem konservativ, neben Saudi-Arabien hat der Sudan die konservativste Auslegung der Scharia. Dagegen sind der Iran, Ägypten und Marokko viel liberaler. Wir arbeiten mit einigen Muslimen zusammen, die sehr fortschrittlich sind. Sie wollen die Scharia behalten, aber die Interpretation ändern. Etwas anderes sind die Regierungsmuslime. Sie stützen das Regime mit ihrer Islaminterpretation.«

»Die Ölindustrie macht, was sie will«

Öl ist ein wichtiger Faktor im Konflikt, der auch für die Frage der internationalen Aktivitäten im Sudan Bedeutung hat. Deswegen treffen wir uns mit einem sudanesischen Experten, dem emeritierten Professor für Ökologie Asim el-Maghrabi.

Von ihm erfahren wir, dass im Sudan bis zu 600.000 Barrel Öl pro Tag gefördert werden (zum Vergleich: im Irak wird etwa das zehnfache täglich gefördert). Der Sudan ist in 17 Blocks eingeteilt, aber nur in wenigen wird tatsächlich gebohrt. Die Förderung findet hauptsächlich im Grenzgebiet zwischen Nord und Süd und im Südsudan statt. Besonders die Region Abyei, das älteste Fördergebiet, ist politisch umstritten.

Es gibt Gerüchte über Ölvorkommen in Darfur und anderen Teilen des Sudans. Aber die basieren nur auf generellen Einschätzungen über die Geographie des Landes. Es hat noch nicht einmal Ultraschalluntersuchungen, geschweige denn Probebohrungen gegeben, obwohl die Gerüchte teilweise seit 30 Jahren bestehen.

Das Nil-Öl aus dem Südosten des Landes sei eine gute Mischung (»good blend«), die Vorkommen würden gerade erst angetastet. Es werde wohl noch 15-25 Jahre Öl zu fördern sein. Allerdings gehen die Vorkommen in den älteren Fördergebieten zur Neige. Der »Oil Peak« in Abyei werde wohl bis 2013 erreicht sein, danach wird die tägliche Fördermenge abnehmen.

Um die Förderung so profitabel wie möglich zu machen, gehen die Konzerne rücksichtslos vor. Ein gängiges Problem, vor allem bei den abnehmenden Vorkommen, ist das »overpumping«. Dabei wird so heftig gepumpt, dass sich Öl und Presswasser mischen. Dann schöpfen die Ölkonzerne das Öl ab und kippen das Wasser mit den verwendeten Chemikalien in die Landschaft.

»Die Ölindustrie macht was sie will. Sie kümmert sich nicht um die Umweltprobleme, nicht um den Müll, nicht um die Bewohner. Öl-Firmen bezahlen keine Steuern.«

Prof. Moghrabi beklagt, die im Rahmen des CPA eingesetzte paritätische Öl-Kommission arbeite »nicht sehr effektiv«. Hauptsächlich gehe sie die Fragen des



Wie diese Karte zeigt, liegen die nachgewiesenen Ölvorkommen in der Grenzregion und im Südsudan. Die Verarbeitung aber findet im Norden statt, wo auch die einzige Pipeline durchführt.

Quelle USAID 2003.

Arbeitnehmer- und Umweltschutzes nicht an. Das habe wohl etwas mit der Korruption zu tun. Der Finanzminister hat seine eigene Ölförderanlage, andere verdienen auch nicht schlecht. Das Problem betrifft Politiker aus dem Norden und aus dem Süden gleichermaßen. So ist der für Rohstoffe und Öl zuständige Minister ein Angehöriger des Stammes der Dinka aus dem Süden und von der SPLM.

Konzessionen wurden bisher durch die Zentralregierung vergeben. Es gibt noch keine Übereinkunft über die Gültigkeit der alten Konzessionen, das ist Teil der noch laufenden Verhandlungen über »post referendum issues«. Aber zwei Sachen zeichnen sich ab:

Erstens wird die SPLM wohl versuchen, nachzuverhandeln, da die bestehenden Verträge den Ölkonzernen eine feste Marge garantiere, bei den aktuell relativ niedrigen Weltmarktpreisen für Öl aber dann kaum etwas für die Regierung übrig bleibt. Eventuell könnten dabei auch Aspekte wie Umweltschutz usw. eine Rolle spielen.

Und zweitens wird die SPLM wohl aber im Großen und Ganzen die bestehenden Verträge achten. Anscheinend hat die Regierung des Südsudans zur Bestätigung bereits Geheimverträge mit Firmen abgeschlossen. Das bedeutet, dass im Falle einer Abtrennung weiterhin hauptsächlich chinesische, indische und malaysische Firmen das Öl fördern dürften.

Flüchtlinge und Flüchtlingslager

Als nächstes treffen wir uns mit Maereg Tafere von der INGO World Vision. Die Hilfsorganisation arbeitet seit 2004 in Darfur und konzentriert sich dort auf den Süden, wo die meisten Menschen leben. Wichtigstes Aufgabengebiet ist die Betreuung von Flüchtlingen (IDP). Insgesamt haben sie ca. 400-500 Mitarbeiter und ein Budget von 15 Millionen Dollar pro Jahr.

Quelle der Kämpfe in Darfur seien, laut Tafere, hauptsächlich Konflikte um die Ressourcen Wasser und Land. Seine NGO macht deswegen Projekte zur Wasserversorgung der Dörfer, um Konflikte zu vermeiden. Außerdem stellen sie Werkzeuge, Saatgut und Technik zur Verfügung.

In den Flüchtlingslagern macht World Vision Sozialarbeit und Ausbildung zur Sozialarbeit, betreiben Spielplätze als interethnische Begegnungsstätten. »Die Generation der Kinder ist die Hoffnung,« so Tafere. »Sie wachsen in den Camps gemeinsam mit den anderen Ethnien auf und können sich gegenseitig kennenlernen.«

Das sei ihre Form des »peace buildings«: Sie organisieren Versammlungen der Scheichs zu Themen wie Schulen, Sportmöglichkeiten für Kinder und Ausbildungsworkshops. »Das Lager ist ein kompletter Bruch mit den Lebenstraditionen auf dem Land,« so Tafere. Die Gefahr bestünde darin, dass (a) die traditionellen

Konflikte weitergeführt werden, auf ethnischer Basis und nun um die hier fehlenden Ressourcen, und (b) die traditionellen Konfliktlösungsstrategien versagen, weil die alte Stammes-/Familienhierarchie zusammenbricht. Das Fehlen der traditionellen Landarbeit mit Feld und Vieh bedeutet, dass die traditionellen Familienrollen bedeutungslos geworden sind.

Für die rund zwei Millionen IDP aus dem Süden um Khartum beschreibt Herr Tafere ein gesondertes Problem: Die Behörden behandeln sie als Flüchtlinge, obwohl sie teilweise seit über 20 Jahren in Khartum leben. Solange die politischen Ursachen der Flucht nicht beseitigt sind, können die IDP aus dem Süden nicht zurückkehren.

Ob sie überhaupt zurück wollten, nach so langer Zeit und angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Situation im Süden, sei insgesamt fraglich. Ihr Rechtsstatus müsse gesichert werden, dann würden wohl viele bleiben. Die Flüchtlinge aus dem Süden würden als billige Arbeitskräfte für den Boom in Khartum eingesetzt.

»UNAMID ist eine große Geldfressmaschine ohne Auswirkung.«

Herr Tafere bringt eine kritische Haltung zur UN-Mission zum Ausdruck: »UNAMID ist eine große Geldfressmaschine ohne Auswirkung.« UNAMID habe keine Kontrolle über Darfur, da sie für jede Aktivität die Genehmigung der Regierung bräuchten. UNAMID schaffe kein sicheres Umfeld für die Hilfsorganisationen und könne keinen Schutz vor Entführungen bieten. Die Soldaten der Mission selbst seien von Entführungen betroffen.

Hilfsgelder, die über die UN kämen, beschwert sich Herr Tafere, tendierten dazu, bei der UN zu bleiben. Die Verwaltungskosten steigen. Der Anteil, der tatsächlich bei den Hilfsorganisationen ankomme, werde immer kleiner: Von ca. 60 Prozent Ende der 90er bis ca. 35 Prozent im Jahre 2010. Er betont: »Man muss das UN-System herausfordern. Gekürzt wird immer bei den NGOs.«

Auch die politische Einmischung von Außen sieht Herr Tafere eher skeptisch. »Unmittelbar nach dem ICC-Haftbefehl gegen Bashir hat die Zahl der Entführungen von NGO-Mitarbeitern in Darfur zugenommen. Dass es noch nicht zu Toten gekommen ist, liegt daran, dass die Menschen die Arbeit der Hilfsorganisationen respektierten.«

Das Dilemma der Hilfsorganisationen

Auch bei unserem nächsten Gespräch bekommen wir die Unzufriedenheit mit UNAMID deutlich zu spüren. Vertreter verschiedener INGOs, die zur Koordination ihrer Arbeit eine Steuerungsgruppe (»steering committee«) gegründet haben, berichten uns von ihren Bemühungen zur humanitären Hilfe in Darfur.

AMIS, die Vorläufermission von UNAMID, und danach UNAMID, seien von Anfang an problematisch gewesen. Es gäbe drei Meister der Missionen: AU (Afrikanische

Union), UN und die Regierung in Khartum. Die Opposition, bzw. die Rebellen in Darfur hätten kein Vertrauen. Um deren Vertrauen zu gewinnen, müsste UNAMID ihr Mandat erfüllen und tatsächlich Hilfe ermöglichen und Zivilisten schützen, wie es in der UNSCR 1919 formuliert sei. Aber das würde sie in Konflikt mit der Zentralregierung (GoS, Gouvernement of Sudan) bringen.

Mark Simmons von der Organisation Fellowship African Relief (FAR), erklärt: »Weiträumige Patrouillen ohne Absprache mit der Regierung könnten die Sicherheitslage verbessern. Aber die Begleitung der NGOs mit Militär lehnen wir ab. Das gefährdet unsere Neutralität.«

Angelita Caredde von Terre des Hommes bestätigt die Einschätzung. Das Bild sei in allen Teilen des Landes dasselbe: Wer lokal die Macht habe, beschränke den Zugang der Hilfsorganisationen nach eigenem Ermessen und Interesse.

Sie ergänzt: »UNAMID hat viele Ressourcen. Da sie ihr Mandat nicht erfüllen können und nicht wissen, wohin mit den Ressourcen, machen sie mandatsfremde Projekte (humanitäre Hilfe). Damit arbeiten sie praktisch für die Regierung, deren Arbeit sie übernehmen.«

Ein weiterer Vertreter, der nicht namentlich genannt werden wollte, betont, dass die Hilfe gerade in Kampfreionen selten ankäme. Und wenn die Regierung ihre Aktivitäten zuließe, würden sie sie instrumentalisieren. Er berichtet von einem Fall, bei dem ihr Projekt zu einem Sammelpunkt für Rebellen und Anwohner in einer Kampfreion wurde. Die Regierung nutzte die Gelegenheit und bombardierte das Areal. Dafür hätte die Regierung weißlackierte Flugzeuge genutzt, damit es wie ein Angriff der UNO aussehe.

Alle berichten übereinstimmend, dass ihre Organisationen meist nur Zugang zu von der Regierung kontrollierten Gebieten haben. Ihre Hilfsleistungen können deswegen von der Regierungspropaganda genutzt werden. Die Arbeit der Hilfsorganisationen wird von der GoS manipuliert.

Mark Simmons fasst zusammen: »Das Dilemma der Hilfsorganisationen ist, dass sie, wenn sie helfen wollen, zu Stützen der Regierung, und damit automatisch zur Konfliktpartei, werden. Das ist kein spezifisches Problem in Darfur. Die SPLM im Südsudan wendet dieselben Methoden an wie die NCP im Norden. Auch sie instrumentalisiert die NGOs.«

Die NGOs erwarten nach dem Referendum im Süden ein Aufflammen der Gewalt in Darfur. Die Rebellenchefs sind momentan im Süden und bereiten sich auf Kämpfe vor, falls der Bürgerkrieg im Süden wieder aufflammt. Andererseits würden die Verteilungskämpfe im Osten und in Darfur vermutlich stärker, sollte die Abtrennung des Südens problemlos vonstatten gehen.

Auf einen weiteren interessanten Punkt macht uns Mark Simmons aufmerksam, der gerade aus New York zurückgekommen ist und die US-amerikanische Sudan-Debatte mit verfolgt, die immer sehr vereinfacht geführt würde: »Araber gegen Afrikaner, Muslime gegen Christen«. Die Bush-Administration hätte auch entsprechend die Politik gestaltet. Aber der neue Sonderbeauftragte der US-Regierung für Sudan, Scott Gration, sei ein Befürworter der Einheit. Der Hintergrund sei, dass die USA verhindern wollten, dass Sudan, bzw. der Südsudan, ein »failed state« werde, der die Region destabilisiere. Andererseits sei eine Abtrennung nicht mehr zu verhindern. Deswegen gäbe die US-Regierung viel Geld für Hilfsorganisationen und versuche, die Regierung in Khartum in ihren »Krieg gegen den Terror« einzubinden.

Bundeswehr im Sudan

Ein weiterer Besuch im streng gesicherten UNMIS-Hauptquartier in Khartum. Diesmal treffen wir uns mit deutschen Soldaten.

Oberstleutnant Harribert Rahmel ist der Dienstälteste Deutsche Offizier (DDO) und damit Leiter des deutschen Kontingents. Er bekleidet eine Führungsfunktion in UNMIS. Er versichert uns, dass die Zahl der eingesetzten Bundeswehrsoldaten zwar klein sei, aber wegen ihrer Zuverlässigkeit und ihrem Fleiß eine wichtige Rolle spielten.

»Wenn etwas kompliziert oder anstrengend zu werden droht, heißt es: Lasst die Deutschen mal machen.« Das ermögliche einen Einfluss auf die Operationsplanung, der bei weitem größer sei als der Anteil der deutschen Offiziere.

OLT Rahmel bestätigt die Einschätzung, die wir auch anderswo schon gehört hatten: Die Stammeskonflikte im Süden und der Grenzregion seien bedeutender als der Konflikt zwischen Nord und Süd. Grenzstreitereien drehten sich hauptsächlich um die Ressourcen Weideland, Wasser, Agrarland, Bodenschätze und Öl, wobei man zwischen den lokalen Interessen und denen der Regierungen unterscheiden müsse: »Dem kleinen Mann geht 's um Wasser, Tiere, Acker.«



*Oberstleutnant
Harribert Rahmel
präsentiert die
Arbeit der Bundeswehr
im Sudan.*

Eine der Aufgaben von UNMIS ist die Überprüfung der Umsetzung des Friedensabkommens CPA. OLT Rahmel stellt fest, dass es da noch Defizite gäbe. Zum Beispiel habe sich die SPLA bisher erst zu 40 Prozent aus dem Norden zurückgezogen.

OLT Rahmel betont: »Die Aufgabe der Soldaten ist es explizit nicht, mit Waffengewalt ein sicheres Umfeld für das Referendum zu schaffen. Das ist die Aufgabe der jeweiligen Armeen des Nordens und Südens auf ihrem Territorium. Auch kann UNMIS nicht, wie von der SPLM gewünscht, eine Pufferzone an der Grenze errichten und absichern.«

Der Botschaftsvertreter Heiko Nitzschke bestärkt diesen Punkt. Ein solcher Einsatz würde ein neues, »robusteres« Mandat nach »Kapitel VII« der UN-Charta erfordern. Es würde keine Zustimmung der NCP geben und deswegen zu direkten Kampfhandlungen mit der Sudanesischen Armee führen.

Das Mandat von UNMIS beinhalte Waffeneinsatz lediglich für den Schutz von Zivilisten und die Selbstverteidigung. Im Falle einer militärischen Eskalation sei aber auch das nicht möglich. Konfrontiert mit mehreren Hunderttausend Soldaten der sudanesischen Armee und der SPLA bliebe der UNMIS nur der schnelle Abzug, bestätigen uns die Soldaten. Der Einsatz basiere auf dem Einverständnis und der Kooperation beider Konfliktparteien.

Abgesehen von den Hauptquartieren in Khartum und Dschuba gäbe es 24 so genannte »Teamsites«, Zweigstellen, von UNMIS. Diese seien im gesamten Süden und im Grenzgebiet verteilt – auf einer Fläche, die größer als Deutschland ist. Von dort aus würden Beobachterteams in der Umgebung agieren: Überwachung der Umsetzung der CPA-Vereinbarungen. Ein Beispiel seien die »Security Assessment and Military Inspections«, bei denen die Mannstärke und Bewaffnung von Einheiten überprüft werde.

Die Wirkung sei aber recht begrenzt. So berichtet ein Offizier, der gerade von einer Beobachtermission zurückgekehrt ist, dass sie bei schlechtem Wetter wegen fehlender Straßen und sumpfigem Gebiet einen Aktionsradius von maximal fünf Kilometern hätten.

OLT Rahmel ergänzt, dass die Militärbeobachter normale Offiziere ohne nachrichtendienstliche Ausbildung seien. Die Erkenntnisse aus ihren Beobachtungen seien begrenzt. Auch unter dem Aspekt des Schutzes von Zivilisten solle man nicht zu viel erwarten, da die Beobachter im Feld unbewaffnet seien.

Rund 50 Prozent der UNMIS-Soldaten seien »Unterstützungstruppen«, also Soldaten die Verwaltungsaufgaben, Lagerarbeiten und die Selbstversorgung erledigten, etwa 5000 Soldaten wären Kampftruppen. Und diese würden nur ihre Teamsites bewachen.

Unser Fazit aus dieser Begegnung ist: Rund 10.000 UNMIS-Soldaten sind im Sudan stationiert, wovon die meisten damit beschäftigt sind, sich selbst zu verwalten, versorgen und zu schützen. Wenige Hundert unbewaffnete Soldaten, die nicht einmal eine dafür adäquate Ausbildung haben, erledigen die politisch gewünschte Arbeit als Beobachter zur Umsetzung des CPA – mit einer so niedrigen Abdeckung in der Fläche, dass jeder Bruch des Abkommens, so gewollt, von ihnen unbemerkt stattfinden könnte.

Für uns ist fraglich, warum diese Beobachtertätigkeit von Militärs ausgeführt werden muss.

Die »nachhaltige Hilfe«

Über Hilfsleistungen ganz anderer Art erfahren wir im Anschluss in einem Gespräch mit Dr. Dietrich Fischer vom Internationalen Roten Kreuz und Thomas Pfeiffer vom Deutschen Roten Kreuz. Die Hilfsorganisation betreibt seit Jahren Projekte zur Selbsthilfe bei der Nahrungsversorgung. In einem Land, in dem jedes Jahr bis zu vier Millionen Menschen auf externe Nahrungsmittelhilfen angewiesen sind, sei das ein wichtiger Beitrag für Entwicklung und Stabilität.

Bei den Projekten gehe es zum Beispiel darum, Dorfbewohnern zu zeigen, wie man mit den vorhandenen Hilfsmitteln einen Brunnen baut – nicht aber darum, ihnen einen Brunnen hinzusetzen. Sie sollen in der Lage sein, auch nächstes Jahr und ohne Hilfe ihre Wasserversorgung zu sichern.

Ein anderes Projekt dreht sich darum, den Menschen beizubringen, mit möglichst wenig Wasserverbrauch Gemüse zu kultivieren. Diese Arbeit sei sehr kleinteilig und langwierig. Auch werden nicht viele Menschen erreicht. »Aber die Hilfe ist nachhaltig und es gibt die Möglichkeit, dass die Techniken weiterverbreitet werden, weil sie keine externen Ressourcen benötigen,« erklärt Thomas Pfeiffer.

Die Angehörigen des Stammes der Misseria, einem Nomadenstamm, der seine Weidegebiete nördlich und südlich der neuen Grenze hat, werden oft als brutales arabisches Reitervolk dargestellt. Thomas Pfeiffer war schon oft in ihrer Region. Es ist ihm wichtig, das stereotype Bild über die Misseria zu widerlegen. Er zeigt Fotos vom Alltagsleben des Stammes. »In Wirklichkeit,« berichtet er, »sind die Misseria friedliche Leute. Man soll niemanden in Schubladen stecken, sondern mit ihnen arbeiten.«

Das DRK hält Distanz zum Militär, das es nicht als neutral betrachtet. Nur so könne man überall Hilfe anbieten. Und wieder hören wir die Kritik, die UNAMID arbeite verschwenderisch. Wenn die UNAMID Straßen baue, koste das eine Millionen Euro pro Kilometer. Wenn die eigentlich dafür zuständige UN-Einrichtung UNDP das mache, liege der Preis bei nur 200.000 Euro pro Kilometer.

»Einheit in Verschiedenheit«

Eines unserer zentralen Anliegen bei der Reise ist es, uns auch ein Bild von den internen politischen und sozialen Auseinandersetzungen zu machen. So treffen wir uns auch mit Vertretern der Kommunistischen Partei Sudans (CPS).

Die CPS ist halblegal. Ihre Zeitung kann öffentlich verkauft werden, aber die CPS muss jederzeit mit einem Verbot rechnen, erzählte uns Siddig Yousif aus dem Parteivorstand der CPS. Die Zeiten der Untergrundarbeit, der Verhaftungen und Illegalität seien erst wenige Jahre her.

Nach dem Referendum und der Abtrennung des Südens rechnet er wieder mit verstärkter Repression durch die Regierung. Das betreffe jede Opposition. Denn einerseits sei die Regierung politisch geschwächt, da sie ihr im Norden populäres Projekt der Islamisierung des Südens aufgeben müsse. Auch könnten Separationsbestrebungen anderer Teile des Landes an Auftrieb gewinnen. Andererseits würden militärische und polizeiliche Kapazitäten frei, die zur Unterdrückung eingesetzt werden könnten.

Interessanterweise haben auch die Vertreter der CPS dieselbe Kritik an UNAMID in Darfur, die wir von praktisch jedem Vertreter von Nichtregierungsorganisationen gehört haben: Der Einsatz bringe nichts, sei teuer und stabilisiere die Regierung in Khartum. Gegen UNMIS wolle er sich nicht pauschal aussprechen, zu wichtig sei die zivile Hilfe im Süden. Aber insgesamt, betont Siddig Yousif, sei die Rolle der Internationalen Gemeinschaft sehr negativ: »Die Bilanz der Internationalen Gemeinschaft ist: Massive Truppenpräsenz, ausländische Militärberater, Influx von Geheimdiensten, Öffnung für westliche Konzerne, Einbindung Sudans in den »Krieg gegen den Terror«. Zudem ignoriere die internationale Gemeinschaft jegliche Opposition gegen NCP und SPLM.«

Um die Probleme im Sudan zu lösen, wäre eine Demokratisierung erforderlich. Nur die parteimäßige Organisierung politischer Richtungen könne die Fragmentierung und Ethnisierung der Politik vermeiden, die »Einheit in Verschiedenheit« erreichen, die angesichts von über 500 verschiedenen Ethnien nötig wäre.

Die eigentlichen Konflikte seien nicht zwischen Ethnien oder zwischen Nord und Süd. Ein zentrales Problem liege in der Ökonomie und im Sozialen. Die von der Regierung als »islamische Ökonomie« bezeichnete Wirtschaft Sudans sei in Wirklichkeit eine »parasitär-kapitalistische Ökonomie«.

Siddig fährt fort: »Die Selbstbereicherung mit Hilfe des Staates ist an der Tagesordnung – in Khartum, im Süden und in den Provinzen. Alles wird privatisiert: Bildung, Gesundheit, Transport, Landflächen. Und der Besitz landet bei führenden Vertretern der Regierung. So wird der Sudan deindustrialisiert, zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit Ölförderung degradiert.«

Der Darfur-Konflikt sei eine Folge davon. Der Aufstand in Darfur sei eine Reaktion auf soziale Ungerechtigkeit und unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen. Der Konflikt sei nicht zwischen zwei Parteien, weder im Darfur, noch im Süden, und könne deswegen auch nicht bi-national gelöst werden. Es müsse unter Einbeziehung aller Ethnien eine soziale und gerechte Verteilung erstritten werden. Deswegen sei der zentrale Kampf der um demokratische Elemente in der Verfassung.

10. - 12. November: Juba

Entgegen der „dringenden Empfehlung“ der Botschaft, haben wir uns entschieden, einen Flug mit einer regulären sudanesischen Fluggesellschaft mit dem vertrauenserweckenden Namen »Marstrand« zu nehmen. Die UNMIS-Flüge hätten uns zwar nichts gekostet, aber erstens haben wir einen straffen Zeitplan und niemand konnte vorher sagen, wann UNMIS fliegen würde. Und zweitens wollen wir die Gelegenheit nutzen, einmal näher am Leben von Sudanesen zu sein. Das ist uns zweifellos gelungen.

Der Inlandterminal am Flughafen von Khartum unterscheidet sich deutlich sowohl vom UN-Terminal als auch vom VIP-Bereich, durch den wir am ersten Tag Khartum betreten hatten. Eine dichte Menge an Passagieren kämpft und drängelt sich mit vollem Gepäck den Weg zum Eingang frei – wir mittendrin. Jetzt verstehen wir auch, warum wir drei Stunden vor Abflug am Flughafen sein sollten. Es lag nicht am Sicherheitscheck, der, haben wir uns erst bis zum Fließband vorgekämpft, keine zehn Sekunden dauert.

Endlich im Flughafengebäude werden uns noch 40 Sudanesischer Pfund pro Person Gebühr abgeknöpft. Dann geht es in den Wartesaal, wo wir noch Plätze ergattern können. Leider gibt es weder Anzeigetafeln noch Durchsagen auf englisch, so dass wir uns etwas verloren fühlen. Aber mit der Hilfe freundlicher Mitreisender landen wir schließlich rechtzeitig in unserer Maschine.

Rund zwei Stunden dauert der Flug, der uns nach Juba, der Hauptstadt des autonomen Südsudan, und in Äquatornähe bringt. Aus der Luft können wir beobachten, wie die Wüste und Steppe langsam in Savanne übergehen, als wir dem Nil nach Süden folgen. Offensichtlich wird der Wechsel in der Vegetation beim Landeanflug: Überall sind hohes Gras und Bäume.

Ein weiterer Unterschied schlägt uns entgegen, als wir das Flugzeug verlassen: Die Temperaturen sind zwar niedriger als in Khartum, nur 28°C im Gegensatz zu 35°C, aber die Luftfeuchtigkeit ist so hoch, dass es uns viel wärmer vorkommt.

Dschuba: provisorische Hauptstadt

Der erste Eindruck von Dschuba: Alles ist auf unterstem Standard oder provisorisch. Das Flughafengebäude kommt ohne Computer, Schalter, Anzeigen und Fließbänder aus. Das Gepäck wird per Traktor angeliefert und durch einen Seiteneingang hereingeworfen.



Juba besteht aus Wellblech- und traditionellen Rundhütten. Abwasser, Müllabfuhr, Elektrizitätsnetz und Frischwasser gibt es nicht.

Wir werden vom deutschen Vertreter im Südsudan, Georg Siep, am Flughafen abgeholt. Er ist ein junger Diplomat, Anfang Dreißig. Lachend erzählt er uns, dass er sein ganzes Büro dabei hat: eine Laptoptasche und ein Funktelefon. Er wohnt in einem Hotelzimmer, das auch sein Arbeitsplatz ist. Der Kontrast wird uns erst so richtig deutlich, als wir an der Chinesischen Botschaft vorbeikommen: Der Komplex ist größer als der Sitz der südsudanesischen Regierung.

Als erstes fahren wir zum Einchecken ins Hotel. Das »Juba Grand Hotel« sieht aus wie eine Ferienanlage, mit Grünflächen, Hecken und Springbrunnen. Aber alle

Gebäude erweisen sich als Metallcontainer, warmes Wasser ist Glückssache. Manche Räume sind insektenverseucht. Aber es wird ein Minimum an westlichem Standard erzeugt, Dieselgeneratoren produzieren Strom, Klimaanlage und Moskitonetze in den Zimmern ermöglichen das Schlafen, und das Wasser aus dem Nil wird ordentlich gechlort, damit man es wenigstens zum Duschen benutzen kann. Unter diesen Umständen kostet der Jugendherbergsstandard 180,- US-Dollar pro Person.

Klar ist, die meisten Einwohner Dschubas haben nicht einmal diesen Lebensstandard. Der Großteil der Bevölkerung lebt in klassischen Rundhütten oder provisorischen Behausungen aus Holz und Plastikplanen, bestehend aus einem Raum für die ganze Großfamilie. Die überall herumliegenden leeren Plastikflaschen zeugen sowohl von fehlender Wasserversorgung der Häuser als auch von fehlender Müllentsorgung. Kanalisation und Abwassersystem gibt es auch nicht. Hinter den Hütten gibt es verhängte Ecken mit Löchern im Boden.

Diese Stadt war noch vor zehn Jahren fast vollständig verlassen; im Krieg mehrfach zerstört, war die Einwohnerzahl von rund 150.000 auf mehrere Zehntausend gesunken. Mittlerweile sind viele Flüchtlinge zurückgekommen, und Menschen, die in anderen Teilen des Südens ihr Zuhause verloren haben, hoffen auf eine Zukunft in der neuen Hauptstadt. So ist die Bevölkerung auf rund 250.000 Menschen angewachsen.

UNMIS über Südsudan: „Nach allen Indikatoren positiv“

Unser erster Termin führt uns in das UNMIS-Areal, ein riesiges abgesichertes Containerdorf mitten in Dschuba. Jasbir Singh Lidder, Leiter des Einsatzes in Dschuba nimmt sich kurz Zeit für ein paar einleitende Bemerkungen zur Lage im Süden.

Er betont die Bedeutung der Postreferendumsgespräche. Abyei sei dabei sehr wichtig, da beide Seiten nicht zu Kompromissen bereit seien. Ohne Vertrauensbil-



*Jasbir Singh Lidder
beschreibt die Lage im
Südsudan.*

dung werde die Umsetzung des Referendums schwierig, deswegen bräuchte es irgendein gemeinsames Abkommen oder Statement der Parteien.

Er betont die hohe Komplexität des Konfliktes, in dem alle denkbaren Elemente vorhanden sind: interne Konflikte auf beiden Seiten, Ressourcen, Armut, bewaffnete Gruppen, externe Interessen, usw. Der Süden werde sich nach dem Referendum vielen Herausforderungen stellen müssen, zum Beispiel die Sicherung der Grenzen zu den Nachbarn, Durchführung von Wahlen, Herstellung von Regierungsfähigkeit. Dazu sei die Unterstützung durch die UN weiterhin erwünscht.

Wenn nicht alle Streitfragen bis zum Referendum gelöst werden könnten, würde auch der Norden auf die UN als Vermittler hoffen.

Der Streit um Abyei gehe um die Frage, ob die Angehörigen des Stammes der Misseria als Einwohner der Provinz gelten oder nicht. Die SPLM beharrt darauf, dass die Misseria Nordsudanesen seien, da ihre Siedlungsräume im Norden liegen. Die Misseria hingegen verbringen acht Monate im Jahr in Abyei, weil der Nomadenstamm mit seinem Vieh dem Regen folgt. Sie wollen das Land, in dem sie jährlich so viel Zeit verbringen, politisch mitgestalten können.

Die NCP hätte die Misseria in den letzten Jahren häufig im Kampf gegen die SPLA instrumentalisiert, weshalb diese nun eine Gegenleistung erwarteten. Beide Seiten wollten in der Frage nicht nachgeben.

Jasbir Lidder bezeichnet die Entwicklung im Süden als »nach allen Indikatoren positiv«. Er habe »volles Vertrauen« in den südsudanesischen Regierungschef Salva Kiir. Und solange die einende Klammer des Konfliktes mit der NCP bestehe, werde Kiir es auch schaffen, interne Konflikte einzudämmen.

Zwei Mitarbeiter von UNIRED lösen den Einsatzleiter ab und berichten von ihrem Beitrag zur Referendumsvorbereitung. Der bestehe aus technischer Beratung der Referendumskommission, Training der Mitarbeiter für die Wählerregistrierung und Verteilung von Material für die Registrierung von bis zu sechs Millionen Menschen.

UNPOL berät die südsudanesische Polizei, um diese auf Absicherung der Abstimmung vorzubereiten. Außerdem führt die UNO die Registrierung der Südsudanesen in der Diaspora in acht Ländern durch.

Wichtig sei auch die Vermittlung bei Streitfragen. So ist umstritten, was für Symbole auf dem Abstimmungsmaterial verwendet werden. Das sei keine Nebensächlichkei, da die wenigsten Menschen hier lesen könnten und sich an den Symbolen orientierten. Die NCP hätte am liebsten Symbole, die missverständlich wären, damit Leute ausversehen für Einheit stimmten. Die SPLM hingegen bevorzugte als anti-muslimisch erkennbare Symbole wie ein durchgestrichener Kopf mit Kopftuch, für die Separation.

»Politische Integration durch Postenvergabe bläht die Regierung auf«

Anschließend treffen wir uns mit der Leiterin der Zivilen Arbeit von UNMIS, Diane de Guzman. Sie bestätigt uns, dass Stammeskonflikte ein großes Problem sind, und eine wesentliche Aufgabe ist, diese zu entschärfen. UNMIS versuche auch zu überwachen, dass bei den Nomadenwanderungen keine bewaffneten Kräfte die Grenzen überquerten.

UNMIS habe allerdings keinen Zugang zu Abyei, wo die stärksten Konflikte stattfänden. Dort gäbe es Zusammenstöße von bewaffneten Gruppen mit SPLA. Sie vermutet, die Misseria hätten ein Vorauskommando geschickt, um die Wanderroute für ihr Vieh mit Gewalt zu öffnen.

Die Erwartungen der Bevölkerung an die Zeit nach dem Referendum seien sehr hoch, aber bereits etwas gedämpft. »Die Lebensbedingungen haben sich bisher eher verschlechtert, weil die NGOs wegen des Friedensabkommens Südsudan als »post conflict«-Gebiet einordnen. Sie sagen »es gibt ja eine Regierung« und stellen weniger Geld zur Verfügung.«

Die SPLM-Regierung im Südsudan habe die traditionellen Stammeskonflikte zwischen Dinka und Nuer gedeckelt – durch »Abkommen und Einbindung«. Das sei teuer. Sie berichtet weiter: »Es sind diverse Stammesmilizen in die SPLA integriert worden. Das kostet. Politische Integration durch Postenvergabe bläht die Regierung auf. Korruption wird toleriert, und muss auch toleriert werden, um Konflikte zu vermeiden. So fließen die Öleinnahmen nicht in die soziale Infrastruktur und den wirtschaftlichen Aufbau, sondern dient fast ausschließlich der Herstellung politischer Stabilität.«

Wie schon unsere Gesprächspartner in Khartum weist auch Diane de Guzman darauf hin, dass sowohl der Norden als auch der Süden mit den Ölkonzernen kooperierten: »Die Ölkonzerne kooperieren mit beiden Seiten. Allen Beteiligten ist nur wichtig, dass Öl und Geld fließt.«

Die Auswirkungen der Ölproduktion auf die Menschen vor Ort seien aber katastrophal. De Guzman erzählt, dass gebaute Straßen wie Dämme wirken und die Bewässerung der Felder behindern. Öl-Abwasser, Chemikalien und Müll werden einfach offen gelagert und verseuchen das Grundwasser, die ansässige Bevölkerung wird nicht als Arbeitskraft eingesetzt oder höchstens für manuelle Tätigkeiten.

Ein wesentlicher offener Punkt bei den Post-Referendumsverhandlungen sei die Grenzziehung, weil etwa 80 Prozent des fruchtbaren Agrarlandes im umstrittenen Grenzgebiet liegen.

SPLM: Khartum »nimmt Abyei als Geisel«

Nach dem Briefing durch die UNMIS-Leitung fahren wir zum Sitz der Regierung. Dort treffen wir Barnaba Nariel Benjamin, den Informationsminister und Regierungssprecher der SPLM. Im Vorzimmer seines Büros warten wir auf riesigen Ledersesseln, nebenbei läuft ein neuer großer Flachfernseher, die Klimaanlage brummt wenn nicht gerade wieder der Strom ausfällt. Defekte Generatoren sind ein weit verbreitetes Problem, auch schon bei UNMIS gingen regelmäßig die Lichter und Rechner aus.



»Abyei ist kein geteiltes Gebiet. Schluss mit den Kompromissen«. Die Haltung der südsudanesischen Regierung wird auch auf diesem Plakat deutlich.

Dann erzählt uns der Minister die Geschichte des Südens, wie sie uns im Süden immer wieder erzählt wurde – beginnend mit den Verbrechen des Kolonialismus und dem Sklavenhandel, über die Unterdrückung und Islamisierung durch die Regierung in Khartum, bis hin zur Erfolgsgeschichte der Rebellenbewegung SPLA/M in den letzten Jahren.

Einheit des Landes sei keine Option mehr, betont der Minister. Es habe zu viele Verbrechen im Namen der Einheit gegeben und Khartum hätte sich nicht bemüht, »die Einheit attraktiv zu machen«, wie es das CPA vorsehe.

Seit 2005 habe die SPLM eine eigenständige politische und administrative Struktur im Süden etabliert. »Investoren sind willkommen,« ruft er uns zu. »Die Regierung kann Sicherheit und Stabilität garantieren,« versichert er uns. Von Deutschland erhoffe sich die Regierung die Anerkennung des Ergebnisses des Referendums.

Zu den Streitfragen um Abyei zeigt sich Benjamin kompromissbereit: Die Misseria bekommen Weiderechte im Süden und die doppelte Staatsbürgerschaft und die Öleinnahmen werden weiterhin geteilt. »Aber,« empört er sich, »der Norden lehnt die Angebote ab und nimmt Abyei als Geisel, um das Referendum zu verhindern. Wenn die NCP uns sagt, wie hoch das Lösegeld ist, zahlen wir.« Aber bisher käme keine Ansage.

Auch kündigt er an, dass die Regierung des Südsudan (GoSS) die bestehenden Öl-Konzessionen anerkennen, aber überarbeiten und nachverhandeln wird, um in den Themen Umweltschutz und soziale Nachhaltigkeit Verbesserungen zu erreichen.

»Öl spielt eine zentrale Rolle«

Für die restlichen Termine des Tages haben wir uns in einem Restaurant direkt am Nil-Ufer verabredet. Idyllisch gelegen, mit Reet belegte Pavillons, unter Bäumen und mit Blick auf den Fluss versorgt dieses Etablissement die internationalen Besucher mit internationaler Küche. Die beiden einzigen traditionellen sudanesischen Gerichte auf der Karte sind nicht verfügbar – selbst diese wären, natürlich, für die sudanesischen Bewohner Dschubas nicht erschwinglich gewesen.



Peter Justin tritt für die Interessen der Bevölkerung gegen die Ölkonzerne ein.

Der vornehmste Tisch steht auf einem ehemaligen Bootssteg direkt über dem Wasser. Er ist allerdings reserviert. Später am Abend sehen wir auch für wen: Der UNMIS-Leiter Jasbir Singh Lidder gibt sich mit seiner Begleiterin die Ehre. In dieser Umgebung lernen wir die Vorzüge der Moskito-Abwehr-Chemie, aufgetragen mittels Creme oder Spray, kennen. So können wir uns auf die Ausführungen unseres Gesprächspartners Peter Justin konzentrieren. Er ist Südsudanese, der aber seit vielen Jahren in Europa lebt.

Er arbeitet für die European Coalition on Oil in Sudan (ECOS) in Dschuba. Wir waren anfänglich skeptisch und hatten eine Unternehmensberatungsfirma erwartet. Aber schnell wird klar, dies ist eine NGO, die europäischen Ölkonzernen auf die Finger schaut. Zu den Unterstützern gehören Pax Christi und andere Friedensorganisationen. ECOS, so Peter Justin, wolle helfen, dass Öl kein Beitrag zum Konflikt mehr, sondern zu dessen Lösung werde.

Im CPA seien einige Klauseln zum Thema Öl und Ölförderung vereinbart worden. Unter anderem auch, dass die Opfer der Ölkonzerne entschädigt werden müssten. Das betrifft Menschen, die vertrieben wurden, um Förderanlagen zu bauen. Das

betrifft Menschen, deren Lebensgrundlage durch Chemieabfälle zerstört wurde. Sein ernüchterndes Fazit: »Die Versprechen für die Betroffenen wurden alle gebrochen.«

Der einzige Punkt zum Thema Öl, der auch tatsächlich umgesetzt wurde, sei das »wealth-sharing« zwischen den beiden Regierungen. Es sei tatsächlich zu erwarten, dass nach der Abtrennung die Konzessionen nachverhandelt würden. Das liege aber hauptsächlich an den gesunkenen Weltmarktpreisen und dem hohen vertraglich garantierten Gewinn der Konzerne. Beide Seiten, NCP wie SPLM, hätten ein Interesse an einer Änderung an dem Punkt, da die Einnahmen hälftig geteilt würden.

Die Bundesstaaten im Süden bekommen zwei Prozent der Öl-Einnahmen aus dem Anteil des Südens. Was die Gouverneure damit machen, ist nicht überprüfbar. »Das Verhältnis von Gemeinde, Bundesstaat und Ölkonzernen muss transparent werden,« so Justin. »Es muss eine Einbeziehung der Bevölkerung geben, sowie die Einhaltung internationaler Sicherheits- und Umweltstandards garantiert sein.«

Für ECOS sei vor allem die Firma Lundin interessant. Dieser relativ kleine Konzern mit Sitz in Schweden ist der einzige Europäer, der im Sudan aktuell Öl fördert. Der französische Konzern TOTAL hat zwar seit Jahrzehnten Konzessionen im Südsudan, aber noch nicht einmal mit Probebohrungen begonnen. Anscheinend nutzt man die Konzessionen momentan nur als Spekulationsobjekt und hofft auf höhere Ölpreise in der Zukunft. Es gebe viele Beweise für Fehlverhalten von Lundin, so Peter Justin. Wenige Tage zuvor hatte ECOS eine Studie darüber fertig gestellt.

Wir wollen wissen, welche wirtschaftliche Bedeutung das Öl für den Sudan und die Abnehmer auf lange Sicht haben wird. Aber dazu könne es nur Spekulationen geben, meint Peter Justin. Schon bei der Frage, wie ergiebig die aktuell genutzten Fördergebiete sind, gehen die Meinungen auseinander.

»Einige rechneten mit maximal 15 Jahren, andere mit 20-30 Jahren. Man kann es nicht genau sagen,« erklärt er. Der Grund liegt daran, dass es kaum Probebohrungen gegeben hat und alles nur auf geologischen Annahmen beruht. Theoretisch könne es auch im Darfur Öl geben, aber auch dafür gebe es keine Beweise.

Momentan ist die chinesische Regierung mit rund 80 Prozent der Ölproduktion hauptsächlichlicher Abnehmer des Öls. Der US-Konzern Chevron hatte sich in Folge der Isolationspolitik der US-Regierung gegenüber dem Sudan in den 90er Jahren selbst ausgeschlossen. Davor hatten Chevron fast alle Konzessionen besessen.

„Der Konflikt im Sudan geht um Ressourcen, und Öl spielt dabei eine zentrale Rolle, davon ist Peter Justin überzeugt. Aber das betrifft hauptsächlich die sudanesischen Akteure. Inwieweit europäische oder US-Regierungen um des Öls Willen eingriffen, sei nicht zu belegen.

Klar ist jedoch: »Die Bevölkerung hat nichts vom Ölgeschäft. Das Öl und die Gewinne landen woanders, und selbst die Arbeitskräfte werden eingeflogen. Bis 2007 gab es nur auswärtige Arbeitskräfte aus dem Nordsudan, aus Asien oder aus Europa. Kein einziger Südsudanese ist beschäftigt gewesen. Seitdem wurden etwa 600 Südsudanesen angestellt, aber nur in schlechtbezahlten Hilfsjobs, unter ihnen ist kein technisches Personal.«

Das liege hauptsächlich an der fehlenden Qualifikation. Aber es wären seitdem auch keine Anstrengungen unternommen worden, Fachkräfte im Südsudan auszubilden.

Die fehlende Qualifikation war ein Problem, das uns immer wieder begegnete. So kommt zum Beispiel der Fahrer unseres Mietwagens aus Uganda. Wie uns Georg Siep von der Botschaft erklärte, wären alle alphabetisierten Südsudanesen mit Englischkenntnis und Führerschein in der Regierung angestellt.

Der deutsche Beitrag: Konzept der „abgestuften Gewaltanwendung“

Im Anschluss treffen wir uns zu einem Gespräch beim Abendessen mit dem stellvertretenden Polizeichef von UNPOL, dem deutschen Polizisten Klaus Tietz, und Leiter des Joint Monitoring Coordination Office von UNMIS, Oberst Neumann. Herr Tietz war vorher Einsatzleiter in Gorleben bei Castor-Transporten.

Der Aufbau der Polizei ist der bedeutendste Beitrag der Bundesregierung zur Unterstützung des Südsudan. Dazu gibt es verschiedene Projekte, wobei die Beteiligung an UNPOL ein Teil ist.

Aufgabe von UNPOL ist die Ausbildung und das Training der südsudanesischen Polizei. Dazu gehört auch das Partnering, also der gemeinsame Einsatz in der Praxis.

Die Ausbildung dauert sechs bis acht Monate. Bei der Ausbildung, betont Herr Tietz, gebe es einen besonderen Schwerpunkt auf Menschen- und Bürgerrechte sowie dem abgestuften Gewalteinsatz.



*Im Gespräch (v. l. n. r.):
Oberst Neumann, Klaus
Tietz, Norman Peach
und Georg Siep.*

Er berichtet uns von einem Beispiel, das den Erfolg des Konzepts darstellen sollte. Zum fünften Jahrestag der Unterzeichnung des CPA am 19. Januar 2010 war in Yambio im Südsudan eine große offizielle Feier geplant. Die beiden Regierungschefs Salva Kiir und Omar al-Bashir waren beide anwesend.

Um sicher zu stellen, dass es eine angemessene Kulisse für die Veranstaltung gab, wurden junge Leute zum Jubeln angeheuert. Allerdings sei ihnen die versprochene Bezahlung vorenthalten worden, worauf diese eine spontane Kundgebung am Rande der Feier veranstalteten.

Die von UNPOL ausgebildete Polizei sei nun eingesetzt worden, um den Protest zu beenden. Dabei setzte die Polizei Schusswaffen ein, 80 Demonstranten wurden verletzt. Der Erfolg in den Augen des deutschen Polizisten bestand nun darin, dass niemand getötet wurde – dank des vermittelten Konzepts der »abgestuften Gewaltanwendung«.

Die Polizeieinheiten seien absichtlich aus Angehörigen verschiedener Stämme aufgebaut. Auf diese Weise versuche man, ein südsudanesisches Nationalbewusstsein zu schaffen, das bisher nicht existiere.

UNMIS „funktioniert nur, solange beide Seiten ein Interesse an Deeskalation haben“

Im Gespräch mit Oberst Neumann wird schnell klar, wie heikel die Mission im Sudan ist. Alle Beteiligten, so scheint es, kochen ihr eigenes Süppchen und versuchen, UNMIS zu vereinnahmen.

Die Regierung in Khartum zum Beispiel verweigere UNMIS Zugang zum Grenzgebiet zu Darfur und zu den „Nuba Mountains“ und der Konfliktregion Abyei. Deswegen hat UNMIS auch keine Kenntnis über Aktivitäten und Truppenbewegungen dort.

Aber auch die SPLM verweigere den Zugang zu bestimmten Gebieten. Wie gefährlich es dabei für die Soldaten werden kann, mussten sie alleine 2010 bei vier schwereren Zwischenfällen erfahren. Dabei griffen Einheiten der SPLA die UNMIS an, mehrere wurden verletzt.

Abgesehen von eventuellen Feindseligkeiten lokaler SPLA-Kommandeure gegenüber UNMIS spiele hier die Praxis der Regierungstruppen eine große Rolle, sich als UNMIS zu verkleiden. Die SAF verwende häufig weiß angemalte Hubschrauber hinter den Linien der SPLA. Diese könne nie sicher sein, ob es sich um UNMIS oder SAF handele.

Die Aufgabe des Joint Monitoring Coordination Office, dessen Vorsitzender Oberst Neumann ist, beschreibt er als Unterstützung bei der Konfliktlösung. Unbewaff-

nete Beobachter im Feld meldeten Konflikte oder Konfliktpotentiale an die Zentrale. Diese rufe dann das Konfliktbereinigungskomitee zusammen, das aus hochrangigen Vertretern der SAF und der SPLA sowie der UNMIS bestehe (Ceasefire Joint Military Committee, CJMC).

»Der Vorfall wird so lange diskutiert, bis die Konfliktparteien sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Dann geben beide Seiten entsprechende Anweisungen nach unten durch,« erklärt Oberst Neumann die Funktionsweise des Komitees.

Beobachter brächten also Streitfragen gleich auf die oberste Ebene, die meist von Handlungen der lokalen Kommandeure nichts wüsste, wo Lösungen erarbeitet und dann die Befehlskette hinuntergereicht würden. Im Anschluss schicke UNMIS Beobachterteams, um die Umsetzung zu überprüfen.

»Dieses Verfahren funktioniert nur, weil und solange beide Seiten ein wirkliches Interesse an Deeskalation haben. UNMIS,« erklärt der Soldat, »hat keine Machtmittel, dieses Verfahren oder Konfliktlösung im Allgemeinen durchzusetzen.«

Oberst Neumann erzählt uns von einem obskuren Phänomen, auch Ergebnis des CPA, den sogenannten »Joint Integrated Units« (JIU). Das sind Militäreinheiten, die sich aus Soldaten der SAF und der SPLA zusammen setzen. Sie waren ursprünglich zur Vertrauensbildung gedacht und sollten den Kern einer zukünftigen gemeinsamen Armee bilden, falls der Süden sich für die Einheit des Landes entscheiden sollte.

Als Kern der zukünftigen Sudanesischen Armee sollten beide Seiten ihre besten Einheiten dafür auswählen. Das ist aber nicht geschehen. »Es sind eher die am schlechtesten ausgerüsteten und ausgebildeten Einheiten genommen worden, Einheiten, auf die beide Seiten am ehesten verzichten konnten.«

Anstatt ein Beitrag zur Vertrauensbildung zu sein, seien sie ein Element der Destabilisierung. Sie seien nicht „integrated“, sondern, zwar am selben Ort, aber getrennt voneinander stationiert. Es gebe regelmäßig Zwischenfälle zwischen den Seiten. Außerdem werde diesen Einheiten der Sold sehr unregelmäßig gezahlt, was das Konfliktpotential erhöhe. Wenn es zur Spaltung des Landes kommt, müssen diese Einheiten entflochten und aus dem Grenzgebiet in den jeweiligen Staat verlegt werden.

Ein Problem dabei ist, dass in beiden Armeen Soldaten sind, deren Heimat im Grenzgebiet auf der »falschen« Seite der Grenze liegt: Sie wohnen im Territorium des Südsudans, gehören aber zu einer Einheit der SAF oder umgekehrt. Sie müssten also, wie im CPA vereinbart, als Soldaten mit ihren Einheiten ins falsche Land wechseln.

Insgesamt sind im Rahmen dieser JIU 1400 Angehörige der SAF im Süden und 7000 Angehörige der SPLA im Norden stationiert. Zudem gibt es eine JIU in Khartum.

Die Zahlungen an die JIU sind bis 6 Monate nach dem Referendum gesichert, dann ist Schluss. Wegen der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Entflechtung der Einheiten ist mit Konflikten zu rechnen, wenn die Soldzahlungen ausbleiben.

Dieses Problem betrifft aber nicht nur die JIU. 60.000 Soldaten diverser Rebellen-Gruppen und Milizen wurden nach dem CPA in die SPLA integriert. Ihre Finanzierung steht auf tönernen Füßen und verschlingt große Teile des Budgets der SPLM.

Nach dem Referendum, erklärt uns Oberst Neumann, »wird das Fell verteilt«. Machtkämpfe innerhalb der SPLM und SPLA, entlang der Linie von Stämmen, sind zu erwarten. Nur eine ständige Bedrohung durch den Norden kann das vermeiden.

„Man kann nicht alles auf einmal erreichen“

Der erste Termin am Freitag führt uns zurück ins Regierungsgebäude, wo wir James Wani Igga treffen, den Sprecher des Parlaments in Juba. Er ist, wie alle Politiker hier, von der SPLM. Wie immer werden wir freundlich begrüßt und wir hören die obligatorischen Worte über die guten Beziehungen zwischen Deutschland und dem Südsudan.

Dann beginnt der Parlamentssprecher mit der unvermeidbaren Schuldzuweisung gegenüber dem Norden: Die NCP habe das Friedensabkommen nicht freiwillig unterzeichnet. Nur die Angst vor internationaler Isolierung oder gar militärischer Intervention, die Perspektive eines »irakischen Schicksals« habe die Regierung in Khartum zum Einlenken gezwungen.

Außerdem wirft er der sudanesischen Regierung vor, das Referendum zu sabotieren: »Sie instrumentalisiert den Konflikt um Abyei und schickt die Misseria vor, da sie sich offen nicht gegen das CPA stellen kann.«

Die Situation im Süden beschreibt James Wani Igga nüchtern. Nur acht bis zehn Prozent der Menschen können lesen und schreiben, auf 50.000 Bewohner kommt ein



James Wani Igga, Sprecher des Parlaments in Juba, im Gespräch mit unserer Delegation. Im Hintergrund hängt, wie über all hier, ein Bild des Präsidenten und SPLM-Vorsitzenden Salva Kiir.

Arzt. Um die Lage zu verbessern, brauche der Südsudan ausländische Investitionen. Er sei im vergangenen Sommer in Deutschland gewesen, um Investoren zu finden.

Der Parlamentssprecher spricht auch Probleme mit aktuellen Investoren an, Probleme, die das Verhalten der Ölfunkternehmen betreffen. Die Vertreibungen, Umweltzerstörungen und anderen Nebeneffekte der Ölförderung seien das Ergebnis der Verträge, die die NCP ausgehandelt hätten.

Laut CPA hätte sich die SPLM verpflichtet, diese Verträge zu achten. Trotzdem strebe die Regierung Neuverhandlungen und gesetzliche Regelungen zum Schutz der Menschen und Umwelt an. Allerdings schränkt er ein: »Wenn wir zu schnell gehen, brechen wir unsere Beine.« Das gelte auch für Fragen der Bekämpfung der Korruption. Zwei Finanzminister seien bereits wegen Korruption entlassen worden, die SPLM gehe das Problem entschlossen an. Aber man könne nicht alles auf einmal erreichen.

Wir sprechen das Thema »Landgrabbing« an, da uns berichtet worden war, dass lokale Gouverneure Land an ausländische Investoren verkauft oder langfristig verpachtet hätten. James Wani Igga verurteilte sofort Landverkauf als »moralisch falsch und illegal. Das Land gehört der Gemeinschaft.« Verkauf durch Einzelpersonen sei offensichtlich Ausdruck von Korruption und müsse unterbunden werden.

Hilfsorganisationen und der Landwirtschaftszyklus

Dass die Lage im Südsudan auch fünfzehn Jahre nach dem Friedensabkommen nicht zum Besten bestellt ist, war uns schon vorher klar. Sowohl Augenschein als auch unsere Gespräche lassen keinen Zweifel aufkommen: Der Südsudan ist ein riesiges Territorium ohne Industrie, ohne moderne Agrikultur, ohne Infrastruktur – dafür mit vielen sozialen, politischen und ökonomischen Problemen.



Lise Grande von UN OCHA beschreibt die dramatische humanitäre Situation im Südsudan.

Aber erst Lise Grande macht uns die Dramatik der Situation deutlich. Sie ist Leiterin der UN-Organisation OCHA, die die Arbeit der Hilfsorganisationen koordiniert. Lise Grande ist eine resolute Frau um die 50. Sie hat lange für eine britische Gewerkschaft gearbeitet.

Sie spricht das Problem der Milizen an. Ein Überbleibsel des Bürgerkrieges seien die Milizen. Deren Integration in eine einzige, der politischen Führung des Südsudan unterworfenen Armee haben nur formell stattgefunden: Die Milizen sind komplett, inklusive ihrer Kommandeure, auf die Lohnliste der SPLA übernommen worden. Sie sind autonom und stammesorientiert wie vorher, nur tragen sie jetzt alle dieselben Uniformen.

Einmal habe es drei Monate kein Gehalt für Armeeangehörige und Beamte gegeben, weil es Streit mit der Regierung in Khartum um die Öleinnahmen gab. Die Soldaten hätten sich mit Hilfe ihrer Waffen selbst versorgt.

Die Milizen, sowohl die in die SPLA „integrierten“, als auch die unabhängigen, kümmern sich weiterhin hauptsächlich um ihre eigene Versorgung und die Versorgung ihrer Stämme. Das führe zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Milizen oder mit der Bevölkerung. Lise Grande berichtet über sieben Massaker im Zeitraum von März bis August 2009, häufig unter Beteiligung der SPLA, mit über 2.500 Toten. Das seien die offiziellen Zahlen der UN, die tatsächliche Zahl sei vermutlich höher.

Die Stammeskonflikte um Wasser, Land und Vieh im Süden selbst haben in der Vergangenheit zu den meisten Toten geführt – nicht der Krieg mit dem Norden! – und werden nach der Abtrennung wieder aufflammen.

Der Landwirtschaftszyklus, erklärte uns Lise Grande, bringe selbst in guten Jahren zwei Monate mit schlechter Ernährungslage mit sich. Bei Dürren, Missernten oder anderen Problemen könne sich das erheblich verschärfen.

Die Bauern im Südsudan haben drei Ernten. Das Jahr gliedert sich deshalb in folgende Zyklen: Juni bis August wird das Frühjahrsgetreide geerntet, was zwei Mahlzeiten am Tag ermöglicht. August bis Oktober gibt es nur Obst und Gemüse, also kein Getreide, was die Ernährung auf eine Mahlzeit am Tag reduziert. Oktober bis Januar bringt die dritte Ernte mit verschiedenen Getreiden und drei Mahlzeiten am Tag. Januar bis März gehen die Vorräte der dritten Ernte langsam zur Neige, die Menschen reduzieren sich dann auf zwei Mahlzeiten am Tag. März bis Juni ist die sogenannte Hunger-Lücke mit einer Mahlzeit am Tag.

Juni 2009 fiel eine Ernte wegen einer Dürre am Horn von Afrika aus. Darauf drohte eine humanitäre Krise. Im August gab es für viele nur eine Mahlzeit alle drei Tage. Viele Menschen wurden dadurch sofort von UN OCHA abhängig, deren Organisationen im Juni 1,5 Mio. Menschen ernährte – im November waren es bereits vier Millionen.



Junge Mütter im Sudan sind besonders von den Folgen der Armut und mangelnden sozialen Infrastruktur betroffen.

Lise Grand beschreibt die Reaktion der Hilfsorganisationen. Ihre erste Strategie war, Nahrungsmitteln in der Fläche zu verteilen. Aber sie hatten den Umfang der benötigten Hilfe unterschätzt und schnell wurde klar, dass der Ansatz in dem Umfang scheitern müsse.

Ihre zweite Strategie war der »pipeline based approach«. Sie konzentrierten sich auf sechs Versorgungsrouten, über die praktisch unbegrenzt Waren in sechs lokale Verteilerdepots gepumpt wurde. Die Weiterverteilung wurde vor Ort lokal organisiert. Die Verwaltung der Lager und Bestände lag in den Händen der lokalen Priester oder Dorfältesten. Internationale Organisationen waren meist nicht vor Ort beteiligt. Nur so, unter Einbeziehung der Bevölkerung, habe das Volumen der Hilfslieferungen ausreichend ausgedehnt werden können.

Lise Grande berichtet weiter: »Das schlimmste ist die Müttersterblichkeit. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine 15-Jährige bei der Geburt ihres Kindes stirbt, ist höher, als dass sie die Schule abschließt.«

»Der Staat muss die Aufgaben übernehmen!«

Aber die Arbeit der Hilfsorganisationen habe auch ihre Schattenseiten: »Rund 70 Prozent der Hilfsgelder sind Overheadkosten, die nicht den Bedürftigen zugute kommen. Komplette Ineffizienz!«, kommentiert Lise Grande. Das bedeutet, dass von jedem Euro an Hilfsgeldern 70 Cent in der Verwaltung versickern und nur 30 Cent in Form von Hilfsgütern bei den Bedürftigen ankommen.

Deswegen ist unumstritten, dass der südsudanesischen Staat die Aufgaben der Versorgung der Bevölkerung übernehmen müsse. Sogar die neoliberalen Berater und Entscheider in den Geberländern, die sogenannten »Chicago Boys«, stimmen da zu.

Das sei aber auch unter Demokratieaspekten wichtig, findet Lise Grande: »Solange die Menschen keine staatlichen Leistungen kennen, können sie nicht für ihre

Beibehaltung oder Verbesserung eintreten, ist keine soziale Mobilisierung und Bewegung möglich.« Sie verdeutlicht ihr Argument an einem Beispiel aus Kenia: »In Kenia hatte die Regierung die Schulgebühren abgeschafft, woraufhin überall im Land die Kinder in die Schulen geströmt sind.«

Als daraufhin die Bedingungen in den Klassen unzumutbar wurden, wollte die Regierung die Gebühren wieder einführen. Daraufhin gab es landesweit Proteste von Müttern, die die Regierung gezwungen haben, den Plan aufzugeben. Solche Proteste hatte es vorher gegen die Gebühren nicht gegeben, als viele Familien die Erfahrung mit der Schule noch nicht gemacht hatten.

Momentan sieht die Lage aber anders aus. Alles wird von NGOs bezahlt. Die Öleinnahmen fließen an SPLA und in private Taschen. Patronage und Korruption sind allgegenwärtig. Das stabilisiert das Regime, ansonsten würde es wieder Krieg geben. Wer Waffen hat, bekommt ein Stück vom Kuchen, wer keine hat, eben nicht. Deswegen sind die Entwaffnungsprogramme auch nicht erfolgsversprechend.

Lise Grande stellt uns ihre Perspektive vor, ohne große Hoffnung auf Durchsetzung: »Ohne funktionierenden Staat wird es keine soziale Infrastruktur geben, keine Kontrolle der Ölkonzerne, keinen Kampf gegen Korruption, keine Aufrechterhaltung von Sicherheit usw. Deswegen ist es die größte Herausforderung, möglichst schnell einen Verwaltungsapparat aufzubauen.«

Dieses ehrgeizige Ziel könne aber angesichts der fehlenden Strukturen und des fehlenden Personals nur mit enormem Aufwand in der notwendigen Zeit geschehen. Und die Zeit dränge, weil der aktuelle Zustand nicht stabil sei, nicht beliebig lange aufrecht erhalten werden könne.

Tausende Verwaltungsangestellte müssten in kürzester Zeit eingeflogen werden, um einerseits die Arbeit zu machen und andererseits die Südsudanesen anzulernen. Keine langwierigen Ausbildungsprogramme in Bonn oder Johannesburg seien nötig, sondern die Eingliederung von ausländischen Experten in die Ministerien. Allerdings dürften diese nicht ihren Arbeitgebern in der Heimat verpflichtet sein.

93.000 Euro pro Entwicklungshelfer pro Jahr

Im Anschluss treffen wir uns noch mit deutschen Mitarbeitern der GTZ und des DED zu einem Gespräch beim Mittagessen. Ihr Ziel ist es, von Nothilfe zu Entwicklungshilfe zu kommen. Allerdings erzwangen Mittelkürzungen eine Verlagerung von Projekten von Sudan nach Kenia, weil die Kosten in Juba sehr hoch sind.

GTZ und DED konzentrieren sich lang- und mittelfristig bis 2017 hauptsächlich auf den Strukturaufbau (»statebuilding«). Das versuchen sie über drei Säulen zu erreichen: Dezentralisierung, Unterstützung der Zivilgesellschaft und Regierungsführung.



Eines der Projekte der GTZ in Juba: Ein ehemaliger SPLA-Soldat und eine 15-jährige Schülerin werden im Rahmen des Polizeiaufbaus ausgebildet. Ihre Aufgabe ist die Funkkommunikation mit den Einsatzkräften im Außendienst.

Auf der Ebene der lokalen Gouverneure gibt es ein Programm zum Training des Verwaltungsmittelbaus. Dafür wurde in Juba ein Trainingszentrum gebaut. Aber schnell wurde klar, dass das Projekt als zentrales Training in Juba nicht bezahlbar ist. Mittlerweile gibt es fliegende Kurse in den Regionen vor Ort.

93.000 Euro kostet ein Entwicklungshelfer im Sudan pro Jahr. Der DED hat 13 Stellen. In Juba liegen die Mieten bei 4.000 bis 5.000 US\$ pro Monat; für ein WG Zimmer bei 1800 Dollar, eine Hotelübernachtung kostet ca. 100 US\$/Nacht.

Der DED wird sein Programm im Bereich ziviler Friedensdienst einstellen. Als Begründung wurde uns genannt, dass zu wenig Leute bereit sind, in diesem Bereich zu arbeiten. Das hat wohl auch etwas mit den Mittelkürzungen zu tun. Es müssen daher neue Prioritäten gesetzt werden, daher gehe man raus.

Es gibt bisher viele Überschneidungen der DED und GTZ-Arbeit im Bereich Governance. Es wurden Straßen nach Kenia und Uganda gebaut, damit Juba mit Nachbarstaaten verbunden ist.

Ein Problem ist die fehlende Qualifikation vieler Südsudanesen, so dass viele Jobs an Menschen aus Uganda oder Kenia gehen. Auch gibt es eine starke Traumatisierung durch den Krieg.

Etwa zwei Drittel der Polizisten im Südsudan sind Ex-SPLAler, die dort ausgemustert worden sind. weil sie für den Militärdienst zu alt, zu krank oder aus anderen Gründen nicht tauglich sind. Daher sei das Polizeiausbildungsprogramm wichtig. Bald werden ein Drittel der Polizei aus frisch ausgebildeten Rekruten bestehen, die gut qualifiziert sind.

»Hi, I'm Tom.«



Willkommen in der schönen neuen Welt des Neoliberalismus. Die einzige florierende einheimische Industrie ist der Sicherheitssektor.

Da um 18:00 Uhr unser Flieger gehen soll, machen wir uns um 16:00 Uhr auf den Weg zum Flughafen. Dort erwartet uns eine Überraschung: Es ist kein Mitarbeiter der Fluglinie da, kein Schalter für Marsland offen. Nach einigem Hin und Her erfahren wir, dass der letzte Flug für heute bereits weg ist. Anscheinend hat die Gesellschaft den 18:00 Uhr-Flug ausfallen lassen oder zwei Stunden vorgezogen – wir werden es nie erfahren.

Wie kommen wir aus Juba raus? Werden wir unseren Lufthansa-Flug von Khartum nach Frankfurt in der Nacht noch erreichen? Drei Stunden später ist klar: Das Geld für die Flüge ist futsch, heute geht gar nichts mehr. Für solche Fälle, die offenkundig häufiger vorkommen, gibt es ein privates Reisebüro im Containerdorf von UNMIS. Dort sitzt ein findiger Reiseagent und sucht uns einen Rückflug am Folgetag über Addis Abeba (Äthiopien) aus.

Am nächsten Tag gehen wir auf Nummer sicher und sind weit vor der Zeit im Flughafen. Das gibt uns noch einmal einen netten Einblick in die Verhältnisse hier. Dank der Diplomatenpässe der Abgeordneten kommen wir in den VIP-Raum. Das ist der zweite Raum des Gebäudes und nur von außen zu erreichen. Drinnen stehen drei Sitzecken mit Ledersofas und ein großer Flachbildfernseher, auf dem Al-Jazeera läuft.

Hier haben wir noch eine Zufallsbegegnung, die unseren Eindruck abrundet. Er heißt Tom. Er war US-Botschafter in Sarajevo und Athen. Nun arbeitet er für eine NGO, die Geschäftskontakte in Krisenregionen vermittelt. Sein Motto: »Du kannst sie füttern. Aber wenn du wirklich helfen willst, musst du ihnen den freien Markt bringen.«

Stolz berichtet er, wie er gerade vier US-Experten ins afghanische Landwirtschaftsministerium vermittelt hat. Nun war er einen Tag in Juba, um seine Leute in die Governance-Programme einzuschleusen. Er will mit demselben Flieger nach

Addis fliegen wie wir und über Frankfurt weiter nach Bosnien. Von dort geht es wieder nach Afghanistan – die andere Art des Krisentourismus.

Die Südsudanesen sollten sich auf Einiges gefasst machen, wenn diese Art Leute versuchen, an ihrer Zukunft zu basteln.

Und dann, kurz vor Anbruch der Dunkelheit, geht doch noch die drei Stunden verspätete Maschine nach Addis Abeba. Wir überfliegen in den letzten Sonnenstrahlen des Tages den Ostteil des Südsudans und sehen noch einmal eine etwas andere Landschaft als bisher. So weit das Auge reicht, sehen wir Sumpf, durch den sich Arme des Nil winden. Erst Hunderte Kilometer weiter erhöht sich das Gelände im Grenzgebiet zur äthiopischen Hochebene.

Fazit

Wir haben durch unsere Reise einen tieferen Einblick in die Lage im Sudan gewinnen können. Eindringlich und unmittelbar erlebten wir die Not der Menschen, vor allem im Südsudan. Und wir hatten die Möglichkeit, mit vielen engagierten Helfern zu sprechen.

Dabei hat sich uns folgendes Bild ergeben:

Der Konflikt in Darfur ist in erster Linie ein Verteilungskonflikt um Ressourcen wie Weiderechte, Zugang zu Wasser und Ackerland. Eine Lösung kann nur erfolgreich sein, wenn sie für Gerechtigkeit im Sinne der dort lebenden Menschen sorgt, und kann nur das Ergebnis von Verhandlungen aller beteiligten Konfliktparteien sein. In den Jahren nach Eskalation des Konfliktes ab 2003 haben die Hilfsorganisationen entscheidend dazu beigetragen, Hunderttausende Menschenleben zu retten. Weil die NGOs die Aufgaben übernimmt, vor denen der sudanesischer Staat sich drückt, und weil sie diese Aufgaben nur dann und dort übernehmen können, wenn und wo die sudanesischer Regierung es zulässt, erscheinen die NGOs der Bevölkerung zunehmend als Komplizen der Regierung. Insofern bleibt das Dilemma, dass die notwendige Hilfe dazu beiträgt, eine insgesamt katastrophale Situation aufrecht zu erhalten. Die massive militärische Präsenz von UNAMID, in enger Kooperation mit der Regierung, verstärkt dieses Problem. Im Gegensatz zu den zivilen Hilfen erscheint uns die militärische Komponente von UNAMID vollständig kontraproduktiv. Eine militärische Lösung ist in Darfur unmöglich.

Im Südsudan haben 35 Jahre Krieg in einem an sich schon vernachlässigten Gebiet die traditionellen Strukturen des Zusammen- und Überleben schwer beschädigt. Es wird, selbst unter optimalen Voraussetzungen, Jahrzehnte dauern, die ökonomischen, politischen und psychischen Folgen zu überwinden. NGOs helfen, diese Herausforderung zu meistern. Alleine die Versorgung von bis zu vier Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln ist ein unverzichtbarer Beitrag der Hilfsorganisationen. Aber auch hier tauchen die grundlegenden Probleme von humanitärer und Entwicklungshilfe auf: Wo trägt die Nothilfe zur Reproduktion der Ursachen bei?

Was ist Hilfe zur Selbsthilfe und wo beginnt die Bevormundung der Bevölkerung? Sollen westliche Hilfsorganisationen Verantwortung übernehmen oder die lokale Regierung, wissend, dass diese aus Rebellenführern besteht, die ihre Macht hauptsächlich aus dem Lauf der Gewehre beziehen und diese dazu nutzen, sich selbst zu bereichern?

Die Gespräche haben uns davon überzeugt, dass es keine einfachen Antworten und Lösungen gibt. So lange die Bevölkerung selbst nicht für ihre Interessen eintritt, wird die eine oder andere Form der Fremdbestimmung bestehen bleiben, mit allen Konsequenzen wie Korruption, weitere Ausbrüche von Gewalt und Aneignung von Gemeindeland durch Milizkommandeure. Die Profiteure sind klar: ausländische Unternehmen und eine korrupte Elite.

Der militärische Teil von UNMIS ist hauptsächlich damit beschäftigt, sich selbst zu verwalten und zu beschützen. Von rund 10.000 Soldaten sind nur wenige Hundert damit beschäftigt, zu tun, was ihr eigentlicher Auftrag ist: Konfliktprävention. Und diese Soldaten sind nicht einmal speziell dafür ausgebildet und ebenfalls nicht bewaffnet. Ihre Wirkung entfalten sie ausschließlich aufgrund des politischen Willens der Konfliktparteien zu Kooperation. Es hat sich uns nicht erschlossen, warum diese Aufgabe keine Zivilisten übernehmen können. Die UNMIS-Soldaten könnten und sollten, ebenso wie die UNAMID-Soldaten in Darfur, sofort abgezogen werden – das Geld wird anderswo dringend benötigt.

In Karthum konnten wir uns davon überzeugen, dass es auch im Nordsudan politische und soziale Opposition gegen die Regierung gibt. Diese, und nicht ausländische Intervention, ist Träger einer Perspektive für Veränderungen im Sinne der Menschen im ganzen Land.

Glossar

AMIS African Mission in Sudan. Die Mission der Afrikanischen Union in Darfur 2006 bis 2008.

AU Afrikanische Union.

CPA Comprehensive Peace Agreement. Umfassendes Friedensabkommen, das 2005 den Bürgerkrieg beendet hat. Ergebnis sind das Unabhängigkeitsreferendum und weitere Verhandlungen über die Zukunft des Landes.

CPS Communist Party Sudan. Die Kommunistische Partei.

DDO Dienstältester Deutscher Offizier. Leiter des Bundeswehrrkontingentes vor Ort.

DDR Disarmement, Demobilization and Reintegration. Programme zur Entwaffnung und zivilen Wiedereingliederung von Milizen/Soldaten.

DED Deutscher Entwicklungsdienst. Deutsche staatliche Entwicklungsorganisation. Mittlerweile mit der GTZ zur GIZ zusammengelegt.

IDP Internally Displaced Persons. Binnenflüchtlinge.

GoS Government of Sudan. Sudanesische Regierung in Khartoum.

GoSS Government of South Sudan. Südsudanesische Regierung in Juba.

GIZ Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit. Deutsche staatliche Entwicklungsorganisation, entstanden aus der Fusion von GTZ und DED.

GTZ Gesellschaft zur Technischen Zusammenarbeit. Deutsche staatliche Organisation. Mittlerweile mit der DED zur GIZ zusammengelegt.

NCP National Congress Party. Sudanesische Regierungspartei.

SPLM/A Sudanese Peoples Liberation Movement/Army. Südsudanesische Unabhängigkeitsbewegung und Armee.

UNAMID United Nations Assistance Mission in Darfur. Seit 2008 von der AU an die Vereinten Nationen übergebene Mission in Darfur.

UNIRED United Nations Integrated Referendum and Electoral Division. Abteilung der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Wahlen 2010 und des Referendums 2011 im Sudan.

UNMIS United Nations Mission in Sudan. Nach dem CPA 2005 eingesetzte Mission der Vereinten Nationen zur Überwachung der Einhaltung des Abkommens.

UN OCHA United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. Koordinationsbüro der Vereinten Nationen für die Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen.

UNPOL United Nations Police Mission. Mission der Vereinten Nationen zum Aufbau und zur Ausbildung von lokalen Polizeikräften.

www.linksfraktion.de